



Der Landesbeirat
für Vertriebenen-, Flüchtlings-
und Spätaussiedlerfragen



Tag der neuen Heimat 2022

wieder im Landtag von
Nordrhein-Westfalen

[ab Seite 8](#)

Berliner Mauersegment am Landtag
durch Schautafeln aufgewertet

[ab Seite 32](#)

Im Gespräch mit ...

PStS Klaus Kaiser MdL

[ab Seite 14](#)

Kultur- und Bildungseinrichtungen in NRW im Porträt:

Heimvolkshochschule
St. Hedwigs-Haus

[ab Seite 16](#)

Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte

feiert 25-jähriges Jubiläum

[ab Seite 20](#)



Liebe Leserinnen und Leser,

auf dem diesjährigen Tag der neuen Heimat im April 2022 habe ich gesagt, dass wir uns nach wie vor in einer sehr ungewöhnlichen Zeit befinden. Auch rund zwei Monate später hat sich diese Einschätzung leider nicht geändert: Auf der einen Seite beschäftigt uns nach wie vor die Corona-Pandemie bzw. deren Auswirkungen, auf der anderen Seite natürlich der Krieg in der Ukraine.

Dieser Angriffskrieg mitten in Europa macht – so glaube ich – nicht nur mich fassungslos und wütend. Das Leid der Menschen, das tagtäglich in Videos und Bildern zu sehen ist, macht mich traurig. Es ist daher beruhigend und wohltuend zu sehen, dass viele Menschen – auch hier in Nordrhein-Westfalen – den Geflüchteten helfen. An dieser Hilfe beteiligen sich im Übrigen auch sehr viele Deutsche aus Russland, die sich aufgrund ihrer Geschichte oftmals im Besonderen mit diesen Menschen verbunden fühlen. Im Gespräch mit Dietmar Schulmeister, dem Vorsitzenden der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland hier in Nordrhein-Westfalen zur aktuellen Situation, wird nicht nur dies deutlich. Lesen Sie das interessante Interview auf den Seiten 24 und 25 und erhalten Sie somit Informationen aus erster Hand. Ebenfalls mit dem Krieg beschäftigt sich ein sehr lesenswerter Kommentar von Dr. Bärbel Beutner, der stellvertretenden Vorsitzenden des Bundes der Vertriebenen in NRW, auf den danach folgenden zwei Seiten.

Natürlich nimmt auch unser diesjähriger „Tag der neuen Heimat“, der dankenswerter wieder im Plenarsaal des Landtags von Nordrhein-Westfalen durchgeführt werden konnte, einen breiten Raum ein. Diesmal stand das Thema der „politischen Bildung“ im Vordergrund, das im Rahmen eines Festvortrags von Dr. Nike Alkema, Direktorin der Heimvolkshochschule St. Hedwigs-Haus, in seiner ganzen Vielschichtigkeit sehr anschaulich skizziert worden ist. Frau Dr. Alkema und ihr Haus betrachten wir vertieft und umfassend ab Seite 16.

Auch das 25-jährige Jubiläum des Museums für russlanddeutsche Geschichte in Detmold (ab Seite 20) sowie ein Rückblick auf das bereits Erreichte am Ende dieser Wahlperiode durch den Parlamentarischen Staatssekretär Klaus Kaiser (ab Seite 14) dürfen außerdem in dieser Ausgabe natürlich nicht fehlen.

Einen angemessenen Raum nehmen diesmal wieder Artikel über die Anliegen der SED-Opferverbände ein. Über unseren dritten Runden Tisch (ab Seite 28) sowie über die Aufwertung des Mauersegments in Düsseldorf (ab Seite 32) finden Sie ausführliche Berichte.

Das gesamte Redaktionsteam und ich wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.

Es grüßt Sie

Ihr Heiko Hendriks

Vorsitzender des Landesbeirats für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen

In dieser Ausgabe

I LANDESBEIRAT & LANDESBEAUFTRAGTER

- 4 Landesbeirat widmet sich verschiedenen Themen in drei weiteren virtuellen Sitzungen
- 5 Die neuen Spätaussiedlerzahlen
- 5 Austausch mit Staatssekretärin Gonca Türkeli-Dehnert und Staatssekretär Dr. Dirk Günnewig
- 6 Heiko Hendriks besucht Aufnahme-einrichtung in Friedland
- 7 Aufruf der Beauftragten der Länder für Aussiedler und Vertriebene
- 8 „Tag der neuen Heimat 2022“ wieder im Landtag von Nordrhein-Westfalen
- 24 Interview mit Dietmar Schulmeister, Vorsitzender LmdR NRW, zum Krieg in der Ukraine
- 26 „Aber der Schmerz ist da“ – ein Kommentar von Dr. Bärbel Beutner zum Krieg
- 28 SED-Opferbeauftragte Evelyn Zupke zu Gast in Düsseldorf
- 32 Berliner Mauersegment am Landtag durch Schautafeln aufgewertet
- 43 Chronik des Landesbeirats – Kapitel 5: Integration trotz Rückkehrwillen (1953–1969)

II INTERVIEWS UND PORTRÄTS

- 14 Im Gespräch mit ... dem Parlamentarischen Staatssekretär im MKW, Klaus Kaiser MdL
- 16 Kultur- und Bildungseinrichtungen in NRW: Heimvolkshochschule St. Hedwigs-Haus
- 18 Im Gespräch mit ... Dr. Nike Alkema

III AUS DEN VERBÄNDEN

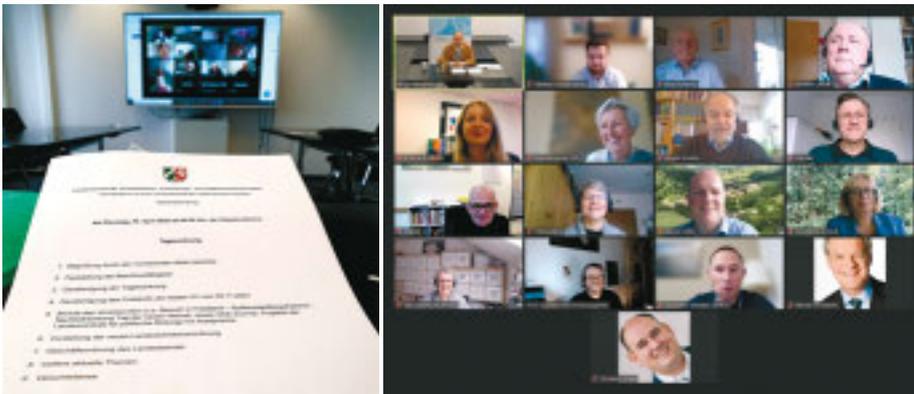
- 20 Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte feiert 25-jähriges Jubiläum
- 34 Verleihung Heimatpreis an die Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen
- 36 Im Blickpunkt: Die Oberschlesier
- 37 70-Jahr-Feier der Landsmannschaft Schlesien NRW
- 38 Fachkongress „Digitalisierung im Museumsbereich“
- 40 Kooperation der Martin-Opitz-Bibliothek mit der Universitätsbibliothek Breslau
- 42 Die Sudetendeutsche Landsmannschaft NRW würdigt Rüdiger Goldmann

IV BUCHVORSTELLUNG

- 31 Buchrezension „Rietavas“, Utopie Europa – Reiseimpressionen aus Litauen

Bildnachweise Cover: oben von links nach rechts: Aussicht aus dem RWI4 Gebäude – Sitz des Landesbeirats (Landesbeirat NRW), Enthüllung der ersten Schautafel am Mauersegment (MKW/Mark Hermenau), Evelyn Zupke, SED-Opferbeauftragte (dpa), Fotos vom „Tag der neuen Heimat“: Dr. Nike Alkema beim Festvortrag, Situationsbild, Streichquartett (Landesbeirat NRW), PStS Klaus Kaiser (MKW), Innenansicht Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte (MRK), Ostermarkt im Oberschlesischem Landesmuseum (OSLM), Straßenschild Aufnahmestätte Friedland (Landesbeirat NRW).

LANDESBEIRAT FÜR VERTRIEBENEN-, FLÜCHTLINGS- UND SPÄTAUSSIEDLERFRAGEN WIDMET SICH VERSCHIEDENEN THEMEN IN DREI WEITEREN VIRTUELLEN SITZUNGEN



Sitzung des Landesbeirats am 26. November 2021 (Fotos: Landesbeirat NRW)

In der Sitzung am 26. November 2021 berichtete der Vorsitzende Heiko Hendriks von seinen Aktivitäten und Tätigkeiten in den letzten Monaten. In diesem Zusammenhang ging er auf die erfolgreiche Durchführung der alljährlichen Festveranstaltung „Tag der neuen Heimat“ im September 2021 sowie den nunmehr dritten Runden Tisch mit Vertreterinnen und Vertretern der in NRW ansässigen SED-Opferverbänden im November in Düsseldorf ein.

Des Weiteren wurde der neue Koalitionsvertrag und seine Auswirkungen auf die künftige Arbeit des Landesbeirats angesprochen. Anschließend berichtete Bernd Werdin, Referatsleiter des Referats 524 „Geschichte und Bedeutung von Flucht, Vertreibung und Aussiedlung gemäß § 96“ im Ministerium für Kultur und Wissenschaft, über die Weiterentwicklung des Projektes „Virtuelle Heimat-

stuben“ der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen. Ferner informierte Bernd Werdin darüber, dass der alljährlich stattfindende Schülerwettbewerb „Begegnung mit Osteuropa“ in 2022 bereits zum 70. Mal durchgeführt wird.

Im Rahmen einer Sondersitzung am 21. Dezember 2021 des Landesbeirats beschloss dieser, einen Brief an den neuen Bundeskanzler zu senden und an ihn die einhellige Bitte des Beirats heranzutragen, wieder eine oder einen Beauftragte(n) der Bundesregierung für Aussiedlerfragen zu berufen.

Auch in der digitalen Sitzung am 5. April 2022 war der diesjährige „Tag der neuen Heimat“, der am 1. April stattfand, Thema der Sitzung. Die Festveranstaltung wurde von den Mitgliedern sehr positiv bewertet.

Heiko Hendriks berichtete von seinem Treffen mit den anderen Länderbeauftragten in Friedland Mitte März 2022. Es folgte ein intensiver Austausch der Mitglieder des Landesbeirats über den Krieg in der Ukraine und dessen Folgen für die Betreuung der ukrainischen Flüchtlinge in NRW. Außerdem wurde die aktualisierte Landesbeiratsverordnung vorgestellt.

KURZMELDUNG:

Das Bundeskabinett hat am 13. April die 29-jährige SPD-Bundestagsabgeordnete Natalie Pawlik zur neuen Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten berufen. Natalie Pawlik wurde in Wostok in Russland geboren. Mit sechs Jahren kam sie gemeinsam mit ihrer Familie als Spätaussiedlerin nach Deutschland. Sie gehört dem Bundestag seit September 2021 an.
(Foto: pv)



AUSTAUSCH MIT ...

Staatssekretärin Gonca Türkeli-Dehnert und Staatssekretär Dr. Dirk Günnewig

Zu einem ersten Austausch traf sich Heiko Hendriks sowohl mit der neuen Integrationsstaatssekretärin Gonca Türkeli-Dehnert im Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration als auch mit dem neuen Staatssekretär im Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen, Dr. Dirk Günnewig. Beiden stellte Heiko Hendriks sein Aufgabengebiet umfassend vor und vereinbarte einen ständigen Austausch und eine projektbezogene Zusammenarbeit bei gemeinsamen Themen.

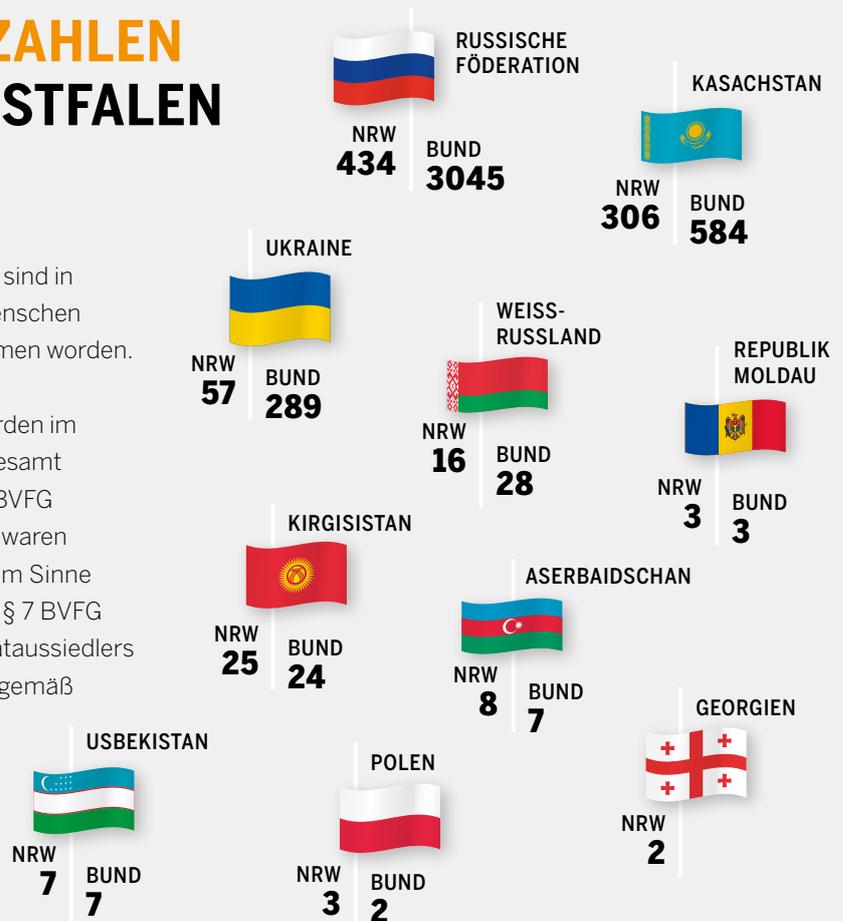


Integrationsstaatssekretärin Gonca Türkeli-Dehnert und Staatssekretär im MKW, Dr. Dirk Günnewig, mit Heiko Hendriks nach den gemeinsamen Gesprächen (Fotos: MKFFI/MKW)

SPÄTAUSSIEDLERZAHLEN IN NORDRHEIN-WESTFALEN UND BUNDESWEIT

In der Zeit von Oktober 2021 bis März 2022 sind in **Nordrhein-Westfalen** insgesamt 860 Menschen nach den Regelungen des BVFG aufgenommen worden.

In der **Bundesrepublik Deutschland** wurden im Zeitraum Oktober 2021 bis März 2022 insgesamt 3.989 Personen nach den Regelungen des BVFG aufgenommen. Von diesen 3.989 Personen waren 1.017 Personen deutsche Volkszugehörige im Sinne des § 4 BVFG. 2.379 Personen sind gemäß § 7 BVFG als Ehegatten oder Abkömmlinge eines Spätaussiedlers und 593 Personen als Familienangehörige gemäß § 8 BVFG eingereist.



HEIKO HENDRIKS BESUCHT AUFNAHME- EINRICHTUNG IN FRIEDLAND



Alle Fotos: MKW

Gemeinsam mit dem Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Dr. Bernd Fabritius, sowie den Landesbeauftragten für Aussiedlerfragen der Länder Niedersachsen (Editha Westmann), Hessen (Margarete Ziegler-Raschdorf), dem Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland (Johann Thießen) und dem Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Minderheiten (Bernard Gaida) hat NRW-Beauftragter Heiko Hendriks Mitte März die Aufnahmeeinrichtung für deutsche Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler in Friedland (Niedersachsen) besucht.



Dr. Bernd Fabritius, Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten und NRW-Beauftragter Heiko Hendriks

Vor Ort informierte sich die Delegation u.a. im Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern des Bundesverwaltungsamtes sowie des Bundesinnenministeriums über den aktuellen Stand des Härtefallverfahrens und die Herausforderungen der Spätaussiedleraufnahme in Krisenzeiten.

Der Bundesbeauftragte bedankte sich im Namen der Delegation bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Einrichtung für den derzeit oft bis an die Grenze der Belastbarkeit gehenden und mit viel Empathie erbrachten Einsatz. Heiko Hendriks ergänzte wörtlich: „Es ist beeindruckend zu sehen, mit wie viel Herzblut die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort versuchen, jedem Menschen und damit jedem Schicksal gerecht zu werden.“

Die Delegation warb um Verständnis, dass viele vom Krieg Betroffene jede Möglichkeit nutzen,

um sich zu retten. Der Bundesbeauftragte bittet darum, dass nur diejenigen, die auch die Anerkennungsvoraussetzung als Spätaussiedlerinnen und -aussiedler erfüllen, sich unmittelbar an die Aufnahme-stelle in Friedland wenden.

Er betont, dass alle Geflüchtete aus der Ukraine eine Aufenthaltserlaubnis in Deutschland erhielten und ihnen die Aufnahmeeinrichtungen der Länder und Kommunen offenstünden. Diese Möglichkeit könne auch für diejenigen Menschen hilfreich sein, die zum Zeitpunkt der Einreise ihre deutsche Abstammung und/oder ausreichende Sprachkenntnisse noch nicht nachweisen könnten. Ein Aufenthalt in Deutschland im vorübergehenden Schutzstatus von bis zu sechs Monaten z.B. bei Bekannten und Verwandten oder in den allgemeinen Flüchtlingsaufnahmestellen wird in der Regel als unschädlich für die Anerkennung als Spätaussiedler angesehen und kann genutzt werden, um die notwendigen Nachweise zu erbringen. Hierbei leistet z.B. die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland mit ihren örtlichen Beratungsstellen wertvolle Hilfe.

Die Vertreter der anwesenden Selbstorganisationen bat Fabritius, diese Regelungen zur Hilfe möglichst breit und sowohl auf Ukrainisch als auch auf Russisch ihren Mitgliedern zur Kenntnis zu bringen.

Heimkehrerstraße

AUFRUF DER BEAUFTRAGTEN DER LÄNDER FÜR AUSSIEDLER UND VERTRIEBENE

„Wider eine Zukunft in der Vergangenheit. Europa darf nicht erneut zum Kontinent von Flucht und Vertreibung werden.“

Der 24. Februar 2022 ist seit dem Zweiten Weltkrieg einer der dunkelsten Tage in Europa. Mit größter Bestürzung und tiefer Anteilnahme für die Leidtragenden haben wir die kriegerische Eskalation in der Ukraine zur Kenntnis genommen. Millionen unschuldige Menschen, darunter viele Frauen und Kinder, sehen sich völlig unvermittelt einer tödlichen Bedrohung gegenüber. Infolge dieser Entwicklung sind sie von Flucht und Vertreibung betroffen. Angesichts der erschütternden Bilder von Krieg und Flucht, die uns gegenwärtig aus der Ukraine erreichen, rufen wir eine der wichtigsten Aufforderungen aus der Charta der deutschen Heimatvertriebenen von 1950 ins Gedächtnis: „Wir werden jedes Beginnen mit allen Kräften unterstützen, das auf die Schaffung eines geeinten Europas gerichtet ist, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können.“

Als Beauftragte der Länder für Aussiedler und Vertriebene hätten wir nicht für möglich gehalten, dass dies im Europa des 21. Jahrhunderts geschieht. Ein Dreivierteljahrhundert nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und nach der Vertreibung der Deutschen aus Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa erleben wir in Europa eine Rückkehr von Krieg, brutaler Machtpolitik und damit verbunden Angst, Elend und Heimatverlust der von diesem Krieg Betroffenen. Eingedenk der Folgen, die Krieg, Leiden, Flucht und Vertreibung für die

Menschen mit sich bringen, verurteilen wir entschieden diejenigen, die dafür verantwortlich sind. Wir fordern die Menschen in unserem Land auf, die Menschen, die nun als Geflüchtete und Vertriebene zu uns kommen werden, nach Kräften zu unterstützen und alles dafür zu tun, ihr Leid zu mindern. Sie verdienen – wie auch die Heimatvertriebenen vor gut 75 Jahren – unsere volle Solidarität und Empathie und sind uns von Herzen willkommen.

Das gilt in gleicher Weise auch für unsere noch in der Ukraine als autochthone deutsche Minderheit lebenden Landsleute, die – sofern auch sie zur Flucht gezwungen sein sollten – hier als Spätaussiedler Aufnahme finden können. Wir begrüßen es, dass das Bundesministerium des Inneren und für Heimat für deren Aufnahme in Deutschland eine Ausnahmeregelung im Härtefallverfahren vorsieht, um diese zu erleichtern. Gleichzeitig ersuchen wir die politisch Verantwortlichen in Europa und weltweit, dafür Sorge zu tragen, dass sich Geschichte nicht wiederholt. Die Zeit darf nicht zurückgedreht werden. Vertreibung bedeutet immer Unrecht. Wir sind in Gedanken bei den Menschen in der Ukraine, die augenblicklich Schreckliches erleben müssen.

Dresden – Düsseldorf – München – Hannover – Wiesbaden, im März 2022

Dr. Jens Baumann
Beauftragter für
Vertriebene und
Spätaussiedler im
Freistaat Sachsen



Sylvia Stierstorfer, MdL
Beauftragte der
Bayerischen
Staatsregierung für
Aussiedler
und Vertriebene



Margarete Ziegler-Raschdorf
Beauftragte
der Hessischen
Landesregierung für
Heimatvertriebene und
Spätaussiedler



Heiko Hendriks
Beauftragter des Landes
Nordrhein-Westfalen für
die Belange von deutschen
Heimatvertriebenen,
Aussiedlern und
Spätaussiedlern



Editha Westmann, MdL
Niedersächsische Landes-
beauftragte für Heimat-
vertriebene, Spät-
aussiedlerinnen und
Spätaussiedler



„TAG DER NEUEN HEIMAT 2022“ WIEDER IM LANDTAG VON NORDRHEIN-WESTFALEN

ZUSAMMENHALT ALS AUFGABE – ÜBER DIE BEDEUTUNG VON POLITISCHER BILDUNG

Alle Bilder, wenn nicht anders angegeben: Landesbeirat NRW/MKW



(Foto: Landtag NRW/Michael Gstettenbauer)



Videogrußwort vom
Präsident des Land-
tags, André Kuper Mdl

Auf Einladung des Präsidenten des Landtags, André Kuper MdL, des Parlamentarischen Staatssekretärs im Ministerium für Kultur und Wissenschaft, Klaus Kaiser MdL, und des Vorsitzenden des Landesbeirats für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen des Landes Nordrhein-Westfalen, Heiko Hendriks, wurde am 01. April 2022 im Plenarsaal des Landtags in Düsseldorf mit rund 100 Gästen der diesjährige „Tag der neuen Heimat“ gefeiert. Thematisch im Fokus stand im diesem Jahr die politische Bildung.

Zum siebzehnten Mal fand nun der „Tag der neuen Heimat“ des Landesbeirats für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen des Landes Nordrhein-Westfalen statt, zum zweiten Mal im Plenarsaal des Landtags.

Unter den geladenen Gästen waren wieder Mitglieder von Verbänden, Organisationen und Einrichtungen der Kulturpflege der Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler in NRW. Mehr als die Hälfte der Gäste waren Vertreterinnen und Vertreter der russland-deutschen Verbände.

Grußwort des Präsidenten des Landtags

Nach einer musikalischen Eröffnung begrüßte der Präsident des Landtags, André Kuper, in seinem Videogrußwort die Gäste und hieß sie im Landtag von Nordrhein-Westfalen – im Herzen der Demokratie – herzlich willkommen. In seinem Grußwort ging er auf die aktuellen politischen Ereignisse seit dem 24. Februar ein und verurteilte Putins völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine. In seiner Videobotschaft betonte er auch die schwierige Situation für Aussiedlerinnen und Aussiedler angesichts des Krieges in der Ukraine.

Krieg weckt schlimme Erinnerungen

„Besonders bei deutschen Heimatvertriebenen und Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern weckt der Krieg in der Ukraine schlimme Erinnerungen an das eigene Schicksal. Auch die Vertriebenen und ihre Verbände haben Hilfsaktionen für die Kriegsoffer gestartet. Dass sie in dieser Situation so eng zusammenstehen, ist ein Zeichen der Hoffnung für die Zukunft,“ so der Präsident wörtlich.

Einleitende Worte von Heiko Hendriks

Der Vorsitzende des Landesbeirats, Heiko Hendriks, machte in seiner Rede deutlich, dass es trotz der Pandemie und des Krieges richtig sei, den „Tag der neuen Heimat“ durchzuführen. Er freue sich, unter den Gästen erstmalig auch Vertreterinnen der ukrainischen Gemeinde aus Düsseldorf auf der Veranstaltung begrüßen zu dürfen. Er machte deutlich, dass auch das Hauptthema des Abends, die Angebote und die Möglichkeiten der politischen Bildung, ein kluges Thema sei, da „es fortwährend wichtig bleibt, den Menschen auch den Wert von Demokratie und Freiheit zu vermitteln und deutlich zu machen, dass ein Leben in Frieden und Freiheit keine Selbstverständlichkeit ist“.

Wert der politischen Bildung

Über die Aufgabe der politischen Bildung aus seiner Sicht fügte er wörtlich hinzu: „Wir müssen mehr über die Lebenswege und den damit verbundenen individuellen Erfahrungen von Menschen sprechen und Biografien in der politischen Bildung nutzen, um historische und politische Prozesse zu erklären und Verständnis füreinander zu entwickeln!“

Festvortrag von Dr. Nike Alkema

Den Festvortrag hielt in diesem Jahr Frau Dr. Nike Alkema, Direktorin und Geschäftsführerin der Heimvolkshochschule St. Hedwigs-Haus in Oerlinghausen. In ihrem Festvortrag mit dem Titel „Beheimatung als Konzept – über die Bildungsarbeit einer Heimvolkshochschule“ stellte sie die Arbeit ihres Hauses und das Konzept einer Heimvolkshochschule vor und gab einen umfassenden Überblick über die vielschichtigen Möglichkeiten der Erwachsenenbildung im Allgemeinen und der politischen Bildung im Speziellen.

„Aus unserer praktischen Arbeit mit vielen tausend Teilnehmenden unterschiedlichster Herkunft in mehr als 65 Jahren seit der Gründung unseres Hauses hat sich gezeigt, wie wichtig es ist, Menschen einen Ort des Lernens zu geben, einen Ort, an dem sie ankommen, sich wohlfühlen, neue Heimat finden und beheimatet werden können“, stellte sie fest. Sie machte deutlich, dass Biografien ein entscheidender Punkt in der Arbeit ihres Hauses sind: „Als Institut für Migrations- und Aussiedlerfragen haben wir Fragen zu den Biografien und zu den Zuwanderungserfahrungen immer schon in die Mitte unserer Arbeit gestellt. Und das tun wir aus einer allgemeinen Perspektive, denn diese Fragestellungen gehen uns alle an in einer vernetzten und verbundenen Gesellschaft mit unterschiedlichen Kulturen, Weltanschauungen und Religionen.“

Die Bedeutung von Biografiearbeit

Die Stichworte „Kommunikation“ und „Aufklärung“ aufnehmend machte Dr. Nike Alkema ferner deutlich, dass dies zwei ganz wesentliche Schwerpunkte sind und bleiben müssen. „Es braucht empathische Beispiele,





Heiko Hendriks
während seiner
Rede



Dr. Nike Alkema während
des Festvortrags
(Foto: Landtag NRW/
Michael Gstettenbauer)



ermutigende Narrative, echte Geschichten und Einblicke in die Lebenswirklichkeiten. Viele von Ihnen hier haben schmerzlich erfahren, dass das Signal der aufnehmenden Gesellschaft eher lautete: Wir kümmern uns nicht um eure Biografien, wir sind nicht an eurer Geschichte interessiert, uns ist egal, was ihr mitbringt. Aus diesen Missverständnissen und zurückliegenden Fehlern können wir lernen, wie wichtig Kommunikation untereinander, die Bereitstellung von Informationen sowie der Austausch auf Augenhöhe sind. Hier dürfen wir nicht ablassen – bei bisherigen und jetzigen Migrationsbewegungen – zu erklären, wer da kommt, mit welchen Ressourcen sie kommen, mit welchen Talenten, mit welcher Geschichte und mit welchen Zusammenhängen," so die diesjährige Festrednerin.

Angebote gegen Desinformation

Schlusswort: „Ich fasse das Vorgetragene zusammen, wenn ich sage, dass die Bedeutung von Bildung ganz oben stehen muss, dass alle Anstrengungen gemacht werden müssen, um den jungen und

erwachsenen Menschen in unserem Land ein Angebot zu machen, welches sie fernhält von Desinformation, Hetze und Propaganda und sie ausbildet, kritisch zu reflektieren und unterschiedliche Perspektiven tolerant und respektvoll zuzulassen; sie lehrt Demokratie zu leben.“

Gesprächsrunde auch mit Klaus Kaiser

In einer anschließenden Talkrunde unter der Moderation von Heiko Hendriks mit PStS Klaus Kaiser und Dr. Nike Alkema über „Zusammenhalt als Aufgabe – über die Bedeutung von politischer Bildung“ wurde u. a. eine positive Bewertung der Arbeit der Heimvolkshochschulen auch aus persönlicher Erfahrungen von Klaus Kaiser als ehemaligem Leiter einer Volkshochschule vorgenommen.

Politische Bildung wichtiger denn je

Eine der Diskussionsfragen war, wie sich politische Bildungsangebote auf die persönliche Entwicklung junger Menschen und ihren Werdegang auswirken können. Auf die Frage



Die musikalische Gestaltung des Abends erfolgte unter der musikalischen Leitung von Dr. Matthias Lang, der auch seine Gitarrenkünste zum Besten gab, durch das Streicherensemble der August-Hermann-Francke-Schulen in Lippe und der Sängerin Lotti Epp. Die August-Hermann-Francke-Schulen haben einen hohen Anteil an Schülerinnen und Schülern, deren Eltern als Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler in Deutschland leben.

des Moderators, ob „politische Bildung nicht wichtiger denn je wäre?“, antwortete der Parlamentarische Staatssekretär mit einem klaren „Ja, das stimmt auf jeden Fall.“ Als ein Beispiel berichtet er über seinen Besuch der Ausstellung „Verschwörungstheorien – früher und heute“, die dieses Thema schon vor einigen Jahren aufgegriffen hat.

Laut Kaiser verdeutlichen uns Verschwörungstheorien sehr gut, wie wichtig es ist, sich mit politischer Bildung auseinanderzusetzen. Auch die zahlreichen Mythen, die z. B. in der Corona Pandemie entstanden sind sowie die Bedeutung von neutraler Berichterstattung im Kontext des

Krieges gegen die Ukraine, machen deutlich: „Politische Bildung ist wichtiger denn je, denn die Demokratie zu stärken bedeutet, immer wieder Überzeugungsarbeit zu leisten, die Menschen über politische und demokratische Prozesse aufzuklären und einen demokratischen Diskurs zu befördern“, so der Parlamentarische Staatssekretär. „Zu den Lehren der Weimarer Republik gehört, dass Demokratie keine Selbstverständlichkeit ist. Demokratie und demokratische Prozesse müssen immer wieder neu gelernt und aktiv gelebt werden.“



Heiko Hendriks im Gespräch mit Dr. Nike Alkema, Direktorin der Heimvolkshochschule St. Hedwigs-Haus in Oerlinghausen, und Klaus Kaiser, Parlamentarischer Staatssekretär im Ministerium für Kultur und Wissenschaft, über „Beheimatung als Konzept – über die Bildungsarbeit einer Heimvolkshochschule“.



IM GESPRÄCH

MIT ...

KLAUS KAISER MdL

Parlamentarischer Staatssekretär im Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen



Klaus Kaiser,
Parlamentarischer
Staatssekretär im Ministe-
rium für Kultur und
Wissenschaft des Landes
Nordrhein-Westfalen
(Foto: MKW)

In Nordrhein-Westfalen leben aktuell mehr als 1,5 Millionen deutsche Heimatvertriebene und Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler. Die Landesregierung hatte sich zu Beginn dieser Legislaturperiode zum Ziel gesetzt, die Erinnerung an Flucht und Vertreibung sowie die Kultur dieser Menschen lebendig zu halten. Ist dies aus Ihrer Sicht in den vergangenen fünf Jahren gelungen?

Wir haben hier viel erreicht, aber wir sind noch längst nicht am Ende. Unser Ziel, das Interesse der kommenden Generationen an diesem Thema wach zu halten, erfordert einen kontinuierlichen Einsatz. Denn die Zahl der Deutschen, die Flucht und Vertreibung erlebt haben, wird immer kleiner. Wir brauchen daher neue Konzepte in der Erinnerungsarbeit und Angebote für eine generationsübergreifende (historisch-)politische Bildung, mit der wir eine Brücke zum Heute schlagen können. Daher nehmen wir auch das europaweite Flucht- und Vertreibungsgeschehen, einschließlich des Ankommens bei uns und der gesellschaftlichen Integration in den Blick. Denn die Beschäftigung mit der Vergangenheit kann auch zu neuen Erkenntnissen beim Umgang mit heutigem weltweiten Flüchtlingsgeschehen führen und beim Ankommen helfen. Um dies zu ermöglichen, haben wir neben der Neuausrichtung der Förderung nach § 96 BVFG auch den Etat für diesen Bereich deutlich erhöht.

Ein Projekt, das mir in diesem Zusammenhang sehr am Herzen liegt, sind die virtuellen Heimatsammlungen. Unser Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen hat das Projekt gefördert, bei dem bereits 20 dieser kleinen Museen mit einer 360-Grad-Panorama-Kamera aufgenommen wurden. Die Exponate sind nun – mit einer Beschreibung und zusätzlichen Informationen – auf der Website ostdeutsche-heimatsammlungen.de zu sehen. Sie bleiben so der Nachwelt durch die Digitalisierung erhalten.

Neben dem Erhalt von Heimatstuben, der Ansprache jüngerer Generationen und der Aufgabe, an die Themen Flucht und Vertreibung zu erinnern, hat das Projekt auch einen bildungspolitischen Aspekt. Durch die Erweiterung der digitalen Elemente eröffnen sich neue Perspektiven: So können schulische und außerschulische Bildungseinrichtungen sich mit ihnen beschäftigen. Unter dem Stichwort „aus Digitalisierung Bildung machen“ erarbeiten Expertinnen und Experten der politischen und schulischen Bildung gerade Angebote dazu.

Daneben leistet Heiko Hendriks als Beauftragter der Landesregierung wirklich gute Arbeit: er ist für alle Seiten ein kompetenter Ansprechpartner, wenn es um die Belange der Heimatvertriebenen und Spätaussiedlerinnen und -aussiedler geht.

Sie waren in den letzten Jahren regelmäßig beim jährlich stattfindenden „Tag

der neuen Heimat“ des Landesbeirats zu Gast. Wie empfinden Sie diese Festveranstaltung und was ist Ihnen in besonderer Erinnerung geblieben?

Für mich ist die Einladung zum „Tag der neuen Heimat“ jedes Jahr wieder eine besondere Ehre, denn es ist eine Gelegenheit, um die Integrationsleistung der Spätaussiedlerinnen und -aussiedlern zu würdigen, und um ihnen für ihr großes Engagement zu danken. Sie haben mit ihrem Engagement, ihrem Fleiß und auch ihrer Kultur in den vielen, für sie auch nicht immer leichten Jahrzehnten, in denen sie hier leben, das Gesicht unseres Bundeslandes – ihrer neuen Heimat – im positiven Sinne geprägt und bereichert. Was mich sehr freut ist, dass Vertriebene, Aussiedlerinnen und -aussiedler und Spätaussiedlerinnen und -aussiedler den Tag der neuen Heimat seit ein paar Jahren gemeinsam begehen.

Was mich jedes Jahr aufs Neue wieder an der Veranstaltung begeistert, ist das vielfältige Kulturprogramm. Vom Chor „Heimatklänge“ aus Köln bis hin zur Künstlerin Helena Goldt – die Bandbreite ist enorm.

In den letzten Jahren hat die Landesregierung auch die Gruppe der DDR-Übersiedlerinnen und Übersiedler, insbesondere derjenigen, die in Konflikt mit dem SED-Regime geraten waren und vor dem Mauerfall nach NRW gekommen sind, verstärkt ins Auge genommen. Es wurden u.a. regelmäßige Runde Tische mit den SED-Opferverbänden aus NRW ins Leben gerufen und anlassbezogene Gedenkfeiern u.a. an dem Mauersegment im Park am Landtag organisiert. Warum ist es der Landesregierung des westlichsten deutschen Bundeslandes ein Anliegen, sich auch für diese Bevölkerungsgruppe verstärkt einzusetzen?

Anders als viele glauben, betrifft das Thema einen relativ großen Personenkreis in Nordrhein-Westfalen. Etwa 1 Million Menschen – viele davon mit Haftenerfahrung – sind vor dem Mauerfall aus der damaligen DDR nach Westdeutschland geflohen oder wurden von der Bundesregierung freigekauft. Viele von ihnen haben

sich in Nordrhein-Westfalen niedergelassen und sich in zahlreichen Opferverbänden organisiert. Es ist wichtig, sich mit ihrer Geschichte auseinanderzusetzen und ihnen zuzuhören. Und es ist wichtig, die Erinnerung an dieses Unrecht wachzuhalten. Dies gilt umso mehr, als inzwischen die erste Generation herangewachsen ist, die die deutsch-deutsche Teilung nicht mehr miterlebt hat und für die das vereinte Deutschland eine Selbstverständlichkeit ist. Über das gemeinsame Erinnern schaffen wir Verständigung und das ist wichtig, denn für



(Foto: MKW)

Sie finden Beispiele für die Erfolge, die in dieser Legislaturperiode bei der Förderung gemäß § 96 BVFG erzielt wurden, auf der Internetseite des MKW unter den Begriffen:
Flucht und Vertreibung – Bilanz der Förderung nach § 96

viele Betroffene sind die Folgen der SED-Diktatur heute noch spürbar.

Neben der historisch-politischen Bildung gibt es aus unserem Etat auch ganz konkrete Beiträge zur Würdigung und Anerkennung der Menschen, denen in der SED-Diktatur Unrecht widerfahren ist. Seit 1992 ermöglicht das Strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG) die Aufhebung rechtsstaatswidriger Entscheidungen über Freiheitsentziehungen und begründet einen Anspruch auf Ausgleichsleistungen. So erhalten alleine in NRW über 1.800 Berechtigte regelmäßig monatlich die sogenannte Opferpension.



SERIE KULTUR- UND BILDUNGSEINRICHTUNGEN
IN NRW – TEIL VII:

HEIMVOLKSHOCHSCHULE ST. HEDWIGS-HAUS IN OERLINGHAUSEN

Wir möchten Ihnen in unserer Serie heute eine Einrichtung vorstellen, die sich seit über 65 Jahren der politischen Bildungsarbeit widmet. In Oerlinghausen bietet die Heimvolkshochschule St. Hedwigs-Haus als Begegnungs- und Bildungsstätte ein vielfältiges Seminarprogramm und adressiert dabei vor allem die Gruppe der Aussiedlerinnen und -aussiedler und Spätaussiedlerinnen und -aussiedler.



V.l.n.r.: Irene Weiss, Vlada Safraider, Leona Lohaus, Mareike Seliger, Dr. Nike Alkema, Jacqueline Münt, Karsten Pieper, Katharina Heilmann, Anita Daake-Penkhus, Dr. Johannes Stefan Müller. Es fehlt Nadine Klocke. (Bildrechte unten und oben: Heimvolkshochschule St. Hedwigs-Haus)

Wir bewegen uns diesmal in den Osten Westfalens, an den Rand des Teutoburger Waldes. Dort, am Fuße des Tönsberges hat das Institut für Migrations- und Auswandererfragen – die Heimvolkshochschule St. Hedwigs-Haus – seinen Platz. Unter der neuen Leitung von Dr. Nike Alkema gestaltet die Einrichtung seit ihrer Gründung und staatlichen Anerkennung in 1956 jedes Jahr aufs Neue ein umfangreiches Seminarprogramm, welches die persönliche Begegnung ins Zentrum rückt, Menschen bei der Beheimatung unterstützt und dabei Bildung als zentralen Auftrag versteht.

Ort der Begegnung

Als genuiner Ort der Begegnung versucht das St. Hedwigs-Haus seinen Bildungsauftrag auf Augenhöhe, wertschätzend, offen und respektvoll zu erfüllen. Damit Bildung gelingen kann, braucht es kenntnisreiche didaktische Lehrformate wie auch den persönlichen Erfahrungsaustausch. Auf beide Bereiche geht das Team des Hedwigs-Hauses umsichtig und empathisch ein und bietet deshalb verschiedenste Bildungsseminare, Werkstätten und Begegnungsformate für alle Interessierten und jede Altersgruppe an. In enger Zusammenarbeit mit Multiplikatorinnen und Multiplikatoren ist es das besondere Ziel der Arbeit, vor allem Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zu befähigen, sich selbstbestimmt und eigenverantwortlich zu engagieren und einzubringen.

Platz der Beheimatung

Durch die langjährige Erfahrung zu migrations- und integrationspolitischen Themen ist das Institut in einem Feld aktiv, in dem Menschen durch Migration, Flucht oder Vertreibung Brüche in ihren Biografien erlebt haben. Damit verbundene Fragen nach Heimat, Identität und Zugehörigkeit greift das Haus auf und bietet Unterstützung an beim Ankommen, beim Orientieren und Verstehen; beim Prozess der Beheimatung. Durch eine solche kontinuierliche Begleitung soll ein aktiver Beitrag für ein respektvolles und tolerantes Zusammenleben in der Zuwanderungsgesellschaft geleistet und dabei im Sinne unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rassismus oder Gewalt resilient und resolut entgegnet werden.

Zeit für Bildung

Die Heimvolkshochschule begleitet das lebenslange Lernen in den Bereichen der politischen, sozialen und kulturellen

Bildung und bietet die wichtige Gelegenheit für geschichtliche Aufarbeitung und die ganz persönliche Biografiearbeit. Es geht um das Miteinander und voneinander lernen. Menschen haben vielfältige Lebenswirklichkeiten, verschiedene Bedürfnisse und ganz unterschiedliche Lernvoraussetzungen. Darauf gilt es einzugehen. Diesem Anspruch folgen die Veranstaltungen des Hedwigs-Hauses mit einem erprobten Methodenportfolio und einer breiten Themenauswahl.

Mut für Neues

Mit Blick auf aktuelle wie zukünftige gesellschaftliche Bedarfe richtet die Weiterbildungseinrichtung ihr Programm in der Tradition ihrer Geschichte und besonderen Portfolios fortlaufend bedarfssensibel aus. Auch wenn derzeit über einen neuen Namen beraten, das Logo überarbeitet und ein neuer Internetauftritt vorbereitet wird, so bleibt das Haus doch seinen Kernkompetenzen treu. Trotz anstehender Veränderungen wird es im Herzen das „Hedwigs-Haus“ bleiben, welches auch in Zukunft suchenden Menschen einen Ort bieten möchte, an dem sich jeder Mensch wohl und verstanden fühlen mag. Denn aktuelle Entwicklungen zeigen mehr denn je den Bedarf, Menschen unterstützend zu begleiten und ein Angebot zu machen, welches hilft, die Komplexität unserer Welt zu bewältigen.



 Am Lehmstich 15, 33813 Oerlinghausen

 www.st-hedwigshaus.de

Träger der Heimvolkshochschule ist der gleichnamige gemeinnützige Verein, dessen Vorstandsvorsitzender Dr. Johannes Stefan Müller (auch Mitglied des Landesbeirats) ist. Die Heimvolkshochschule wird seitens des Landes NRW über das Weiterbildungsgesetz gefördert und ist Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (AKSB).

IM GESPRÄCH

MIT ...

DR. NIKE ALKEMA

Direktorin und Geschäftsführerin
der Heimvolkshochschule
St. Hedwigs-Haus e. V.



(Foto: Dr. Nike Alkema)

Das St. Hedwigs-Haus versteht den Bildungsauftrag als eine ganz besondere Aufgabe und gestaltet Jahr für Jahr ein umfangreiches Seminarprogramm. Was können Interessierte hier mitnehmen und warum sollte man sich das Programm auf keinen Fall entgehen lassen? Wie können Interessierte teilnehmen – bezogen auf die Räumlichkeiten? Gibt es auch digitale Angebote?

Wir verstehen unseren Bildungsauftrag als eine Begegnung auf Augenhöhe. Uns als Hedwigs-Haus ist es wichtig, die Teilnehmenden dort abzuholen, wo sie stehen, die unterschiedlichen Bildungsvoraussetzungen und biografischen Erfahrungshintergründe zu berücksichtigen und darauf einfühlsam einzugehen. Wir gestalten unsere Seminarprogramme inhaltlich in enger Abstimmung mit den Fördermittelgebern und orientieren uns an aktuellen gesellschaftsrelevanten Fragestellungen. Dabei setzen wir uns zum Ziel, Themen nach den Orientierungsbedarfen und Verständnisfragen unserer Zielgruppen auszuwählen und auch methodisch so aufzubereiten, dass unsere Teilnehmenden einen konkreten Bezug zu ihrer Lebenswirklichkeit herstellen können.

Wir bieten mehrtägige Seminare in der Woche und am Wochenende an. Interessierte kommen zu uns für eine Gemeinschaft auf Zeit. Natürlich gibt es auch einzelne digitale Angebote, vor allem für unsere „Brückenmenschen“;

das sind unsere Multiplikator/-innen, die verteilt in NRW und darüber hinaus den Kontakt in die unterschiedlichen Communitys unserer Zielgruppen halten. Hier haben wir uns in den vergangenen Monaten per Videokonferenz zusammenschaltet, um im Austausch zu bleiben, um eine Gelegenheit zu geben, zu erzählen, wie es geht. Diese persönlichen Kontakte waren während der Coronapandemie sehr wichtig.

Für uns ist aber auch klar, dass digitale Angebote allenfalls eine Ergänzung zu unseren Begegnungsformaten sein können. Wenn wir Menschen zu ihren persönlichen Integrationserfahrungen ins Gespräch bringen möchten und ernst gemeinte Hilfestellung bei gesellschaftlichen Orientierungsfragen geben wollen, dann können wir das nur in direkten Gesprächen und in vertrauensvoller Atmosphäre wirklich gut schaffen. Der digitale Raum kann unterstützend sein, aber die Begegnung nicht ersetzen.

Die Heimvolkshochschule St. Hedwigs-Haus adressiert vor allem die Gruppe der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler. Warum steht diese Zielgruppe im Fokus Ihrer Begegnungs- und Bildungsstätte? Welche besondere Verbindung hat das St. Hedwigs-Haus zu dieser Gruppe?

Die Heimvolkshochschule St. Hedwigs-Haus wurde 1955 gegründet und ist seit 1956 eine staatlich anerkannte

Einrichtung, seit 1977 nach dem Weiterbildungsgesetz NRW. Ihre Vorgängereinrichtung, der „Heimgarten“ in Neisse-Neuland in Schlesien, war eine der ersten Heimvolkshochschule in Deutschland, die durch die Ideen des dänischen Gelehrten Nikolai Grundtvig (1783–1872) in Dänemark konzipiert und somit schon lange vor den Volkshochschulen ins Leben gerufen wurden. Heimvolkshochschulen zeichnen sich durch das gemeinsame Leben und Lernen unter einem Dach aus. Der Austausch und das gegenseitige Fragen von Teilnehmenden und Lehrenden stehen im Mittelpunkt der pädagogischen Arbeit, in der Bildung Raum und Zeit bekommt.

In Oerlinghausen fanden nach dem Zweiten Weltkrieg viele katholische Vertriebene eine neue Heimat und schafften einen Ort der Begegnung, einen Platz für ihre gemeinsamen Erfahrungen, für ihre geteilten Erinnerungen. So waren es im Nachkriegsdeutschland vor allem Menschen aus den ehemaligen Ostgebieten, die sich in der Heimvolkshochschule St. Hedwigs-Haus trafen. Mit veränderten Zuwanderungsbewegungen wandelte sich auch der Auftrag der Bildungsstätte und so sind es viele, vor allem Deutsche aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion, die seit Ende der 1980er und Anfang der 1990er hier eine wichtige Anlaufstelle haben.

Was hat Sie persönlich motiviert, die Geschäftsführung des St. Hedwig-Hauses in Oerlinghausen zu übernehmen. Welche persönliche Note möchten Sie dem Haus unter Ihrer Leitung geben?

Ich bin in Oerlinghausen aufgewachsen, bin hier zur Schule gegangen, habe hier meine Wurzeln. Nach dem Abitur habe ich in England studiert, dort in Politikwissenschaften promoviert und habe meinen Weg über mehrjährige Stationen in einer Unternehmensberatung in Düsseldorf und bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft in Bonn wieder zurückgefunden an den Tönsberg. Nennen wir es Zufall oder Fügung, ich bin dankbar über diese Möglichkeit, mich für diese erfüllende Aufgabe einsetzen zu können. Ich darf mit vielen interessanten und inspirierenden Menschen zusammenarbeiten und wir dürfen wichtige Themen adressieren. Dabei kann ich – können wir – direkt beobachten, wie unsere Angebote ankommen und welche Wirkung sie entfalten. Die politische Bildung ist ein wichtiger Baustein für unseren Zusammenhalt und bedeutsame Grundlage für das Funktionieren unserer Zivilgesellschaft. Hier mitwirken zu können mit den vielen professionellen Partnerinnen und Partnern sowie Einrichtungen in NRW und bundesweit empfinde ich als wirkliches Privileg.

Das Hedwigs-Haus hat eine lange Tradition und ist eine erfahrene, kenntnisreiche Einrichtung; auf dieses Fundament darf ich gemeinsam mit meinem engagierten Team aufsetzen. Dabei gilt es, bewährte Angebote weiter auf Kurs zu halten und gemäß der sich verändernden Bedarfen stetig weiterzuentwickeln. Wir werden unseren Zielgruppen treu bleiben und die Themen Zuwanderung und Integration stehen weiter im Fokus unsere Arbeit. Es wird aber auch darum gehen, den Austausch mit der einheimischen Gesellschaft zu verstärken, Menschen mit und ohne Migrationserfahrung ins Gespräch zu bringen. Wir sehen uns seit jeher als eine Brücke, eine Brücke zwischen Ost und West, als eine Brücke zwischen den Menschen. Wir möchten Perspektiven öffnen, Empathie fördern, das gegenseitige Verstehen ermöglichen. Dazu soll es auch neue Formate wie Tagesveranstaltungen, Podiumsgespräche und Werkstätten geben.

Das St. Hedwigs-Haus ist in einem stetigen Wandel und bleibt trotzdem seinen Grundsätzen treu. Wenn Sie an die Zukunft denken, welche Entwicklung sehen und wünschen Sie sich für das Haus?

Vor dem Hintergrund der aktuellen sehr sorgenvollen Situation in Europa und der Welt, der verheerenden militärischen Auseinandersetzung in der Ukraine und der katastrophalen humanitären Lage, die so viele Menschen in Flucht und Vertreibung zwingt, fällt es schwer, eine Perspektive einzunehmen, die zuversichtlich klingt. Es stehen Aufgaben für uns alle an, ganz abgesehen davon, dass es alle Anstrengungen braucht, diesen Krieg schnellstmöglich zu beenden.

Die große Solidarität und einmütigen politischen Reaktionen in Europa lassen uns an der Hoffnung festhalten, dass die Kraft der Demokratie, der Wille der Souveränität und die Stärke der Zivilgesellschaft sich zusammenschließen, um Gewalt, Unterdrückung und Despotismus die Stirn zu bieten, gleichzeitig aber, denen, die Frieden wollen, die Hand zu reichen.

Das St. Hedwigs-Haus – mit der heiligen Hedwig als Schutzpatronin – steht für Hilfsbereitschaft und Nächstenliebe. Gleichsam steht unsere Arbeit für Versöhnung und Völkerverständigung. Dieser Auftrag ist bedeutender denn je; wir nehmen ihn sehr ernst und sehen uns klar in der Verantwortung, unsere Arbeit jetzt und in Zukunft daran auszurichten. Wir machen weiter, Brücke zu sein; Brücke der Hilfe, Brücke der Bildung, Brücke der Beheimatung.



Alle Fotos: MRK

MUSEUM FÜR RUSSLAND- DEUTSCHE KULTURGESCHICHTE FEIERT 25-JÄHRIGES JUBILÄUM

VON HEINRICH WIENS UND KORNELIUS ENS

Das Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte feiert sein 25-jähriges Bestehen. Anlässlich dieses Jubiläums haben 25 Personen per Videogrußworte ihre Glückwünsche übermittelt.

Das Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold bildet die zentrale Institution für die Auseinandersetzung mit historischen Hintergründen und kulturellen Besonderheiten der Deutschen aus Russland. Es möchte einen gesellschaftlichen Diskurs über Heimat und Fremde, Zugehörigkeit und Ausgrenzung, Migration und Partizipation führen. Als bundesweit erste und einzige Einrichtung stellt sich das Museum seit nunmehr 25 Jahren dieser Aufgabe. Dieses nahm das Museum nun zum Anlass

gemeinsam mit Wegbegleitern zurück und nach vorn zu schauen.

Grußworte zahlreicher Persönlichkeiten

Armin Laschet, Ministerpräsident a.D. NRW, gratulierte dem Museum und führte aus: „Sie alle haben Ihren Anteil an diesem wichtigen, historischen Ort. Geschichte zugänglich und verständlich zu machen, das ist kein leichtes Unter-

Armin Laschet, Ministerpräsident a.D.
NRW gratuliert zum 25. Jubiläum.
<https://www.youtube.com/watch?v=nVgMb-xzGKQ>



fangen. Doch es gelingt, wenn wir Menschen bereit sind, uns auf Geschichte und auf Geschichten einzulassen, ohne Vorurteile, aber auch ohne Scheu.“ Weiter beschreibt er: „Die Geschichte der Deutschen in Russland reicht über Jahrhunderte. Über viele Generationen haben Deutsche dieses großartige Land geprägt und mitgestaltet – politisch, kulturell, wirtschaftlich.“

Russland und Deutschland verbinde mehr, als uns manchmal bewusst sei, schlussfolgert Laschet. Angesichts der Herausforderungen, die zwischen unseren Nationen heute unübersehbar bestünden, sei diese historische Gemeinsamkeit von unschätzbarem Wert.

Auch Isabel Pfeiffer-Poensgen, Ministerin für Kultur und Wissenschaft NRW, übermittelte ihre Glückwünsche. Darin bekräftigt sie, dass das Museum Brücken baue, um die heutige Gesellschaft besser zu verstehen und das Verständnis füreinander zu stärken. „Gerne unterstützt das Land Nordrhein-Westfalen das vielseitige und ambitionierte Programm des Museums für russlanddeutsche Kulturgeschichte. Nach mehrjähriger Förderung einzelner Pro-

jekte erhält das Museum ab diesem Jahr mit 200.000 Euro jährlich eine aufgewertete Förderung seiner Tätigkeit.“

Maria Bering, Ministerialdirektorin bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien lobte ebenfalls die Arbeit des Museums, das eine beeindruckende Erfolgsgeschichte vorzuweisen habe: „Nicht nur weil es seine Besuchszahlen verdoppeln konnte, sondern weil es mit zukunftsweisender Museumspädagogik lange vor der Pandemie experimentelle digitale Konzepte ausgelotet hat.“ Weiter erklärt Bering, dass die Unterstützung des Museums eine Investition in die Zukunft unseres Landes sei. Dessen Arbeit stärke den Zusammenhalt in unserer multiethnischen Gesellschaft. Aus diesem Museum komme man anders heraus, als man hereingekommen sei. Wir als Gesellschaft würden das Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte auch in den nächsten 30 Jahren brauchen.

Auch Heiko Hendriks, Beauftragter der nordrhein-westfälischen Landesregierung für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern, wie auch Stephan Prinz zur Lippe, Christian Haase MdB, →

1996

Offizielle Eröffnungsfeier 1996



2000

Besucher(innen) beim
Museumstag 2000

Dr. Dennis Maelzer MdL, Prof. Dr. Bernd Fabritius, Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, und andere meldeten sich in kurzen Video-Ansprachen zu Wort.

25 Jahre MRK – Ein Rückblick

„Wer keine Geschichte hat, hat keine Zukunft.“ Diese Erkenntnis war lebensleitend für Otto Hertel. Als Gymnasiallehrer und Teil einer Elterninitiative, die die Gründung einer evangelischen Privatschule in Lippe beabsichtigte, war er beauftragt, die nötigen Gespräche und Verhandlungen zu führen. In diesen Gesprächen stieß er auf viel Unwissen, wer die Russlanddeutschen eigentlich seien, wo sie herkamen und wie sie in Deutschland leben wollen. Auch unter den Russlanddeutschen selbst fehlte Wissen über die eigene Herkunft und Identität. Deswegen war es konsequent, dass sich damit beschäftigte, wie er die historischen Wurzeln für die kommenden Generationen in Erinnerung halten konnte. Daraufhin ließ er Infotafeln erstellen, die gemeinsam mit Exponaten und Kunstobjekten von Jakob Wedel aufklären sollten und bald zum ersten Dauerinventar des frühen Museums wurden.

Aber ein Museum braucht Platz. Den hatte der Christliche Schulförderverein Lippe e. V. Er betrieb – und betreibt – auf dem Gelände evangelische Konfessionsschulen in privater

Trägerschaft. Hier wurde das Museum am 16.03.1996 offiziell eröffnet. Es war zwar auf kleinem Raum untergebracht, umfasste aber schon (fast) alles, was ein Museum benötigt: eine Dauerausstellung, eine Sammlung, eine Bibliothek, ein Archiv und ein kleines Büro. Der Standort erwies sich als museumspädagogisch ideal, weil die umgebenden Schulen von vielen russlanddeutsche Schülerinnen und Schülern besucht werden.

Nach dem Tod Hertels übernahm 1999 die Historikerin Dr. phil. Katharina Neufeld die Leitung des Museums. 2002 wurde der Verein für russlanddeutsche Kultur und Volkskunde e. V. gegründet. Er übernahm die Trägerschaft des Museums mit dem Ziel, die Arbeit auszuweiten und auch langfristig auf sichere Füße zu stellen. 2009 schlug der Christliche Schulförderverein Lippe e. V. vor, für das Museum einen Neubau zu erstellen. Dieses Angebot wurde begeistert angenommen und es entstand ein Gebäude, das allen musealen Bedürfnissen gerecht wird: Auf zwei Etagen finden sich heute die Dauerausstellung, eine Bibliothek, Magazin- und Archivräume sowie Räume für Wechselausstellungen.

Dr. Neufeld trug entscheidend zur Professionalisierung der Arbeit bei, die bis dato überall in Privatbesitz verstreut und teilweise auch in Russland zurückgelassen worden waren. Auch die objektive und wissenschaftliche Darstellung der

2002

Der erste Vorstand
des Trägervereins



2007

Wechselausstellungen im
Landtag (oben) und in
Gütersloh (unten)



2009

Bezug der neuen Räumlichkeiten
Anfang 2011



2011

historischen Ereignisse und das Öffentlichmachen der Museumsarbeit war ein Prozess für Dr. Neufeld, in den sie sich als Historikerin zunächst hineinarbeiten und gewissermaßen Pionierarbeit für russlanddeutsches Kulturgut leistete. Sie trieb die Hauptaufgaben eines Museums, nämlich das Sammeln, Bewahren, Forschen und Vermitteln des Wissens über Russlanddeutsche, entscheidend voran und hat bis zu ihrem Renteneintritt viel in das Museum investiert.

Lange Zeit wurde das Museum wesentlich durch die ehrenamtliche Arbeit des Trägervereins getragen. 2016 ermöglichte eine Projektförderung der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien, weiteres wissenschaftliches Personal anzustellen. Nach der Pensionierung von Dr. Katharina Neufeld übernahm im gleichen Jahr Kornelius Ens als Museumsdirektor die Leitung des Hauses. 2021 kam die Förderung des Landes NRW hinzu, die eine Vertiefung in Forschung und Vermittlung ermöglicht.

Kornelius Ens, aktueller Museumsdirektor, erklärt, dass das Museum in heutiger Zeit das einzige Museum sei, das für Russlanddeutsche einen strukturhistorischen Zugang zu ihrer eigenen Geschichte darstelle. „Hier kann man seine eigene Story als Russlanddeutscher finden und eigene Fragen stellen.“ Es sei eine Form stalinistischer Diktatur, dass die eigene Geschichte und Identität verschüttet

und geraubt worden sei. Durch das Museum können diese zurückerlangt und neue Würde darin gefunden werden, dass man Teil eines globalen Geschehens sei. Auch die individuellen Diktaturerfahrungen würden hier dargestellt und validiert.

Am Museum soll eine Brücke zwischen der Geschichte und der Gegenwart der Russlanddeutschen in Deutschland gebaut werden. Damit wird auch ein Bereich deutscher und europäischer Geschichte gezeigt, der in bundesdeutschen Museen bisher kaum berücksichtigt wird. Die Besucherinnen und Besucher entdecken in dem Museum einen Ausschnitt aus der gemeinsamen deutschen, russlanddeutschen und russischen Geschichte - eine facettenreiche Geschichte von Auswanderung, Migration und Integration mit hoher politischer Alltagsaktualität. Im Eingangsportal des Museums werden die Besucherinnen und Besucher mit der zentralen Inschrift der Friedland-Gedächtnisstätte begrüßt: „Völker, entsaget dem Hass – versöhnt euch, dienet dem Frieden – baut Brücken zueinander“. Diesem Grundgedanken der Völkerverständigung sieht sich das Museum verpflichtet und setzt dieses Anliegen forschend, darstellend, bildend und verbindend in der Dauerausstellung, in wechselnden Sonderausstellungen und in der Kulturarbeit um.

2018

Jahresempfang 2018 unter der Schirmherrschaft von Heiko Hendriks



2011

Offizielle Eröffnung durch den Bundesbeauftragten für Aussiedlerfragen, Dr. Christoph Bergner



2017

Workshop mit Schülerinnen



Jahresempfang 2019 mit einer Festrede der Beauftragten für Kultur und Medien, Prof. Monika Grütters

2019

„VIELE RUSSLANDDEUTSCHE, RUSSEN, BELARUSSEN, GEORGIER UND UKRAINER IN NRW DEMONSTRIEREN HAND IN HAND GEGEN PUTIN!“



Foto: Dietmar Schulmeister

Im Gespräch mit Dietmar Schulmeister, Vorsitzender der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V., Landesgruppe NRW zur aktuellen Situation

Wer sind eigentlich die Deutschen aus Russland und kann der Begriff synonym mit Russlanddeutsche verwendet werden?

Wir sehen immer wieder, dass verschiedene Begriffe bei Berichterstattungen über russlanddeutsche (Spät-)ausiedlerinnen und -ausiedler durch Medienmacher verwendet werden. „Russlanddeutsch“ ist auf den ersten Blick für viele Personen tatsächlich etwas irreführend. Noch vor wenigen Wochen verband man mit dieser Zuschreibung alle russischsprechenden Migrantinnen und Migranten in der Bundesrepublik, was vollkommen falsch ist. Unter dem Sammelbegriff „Russlanddeutsche“ oder auch „Deutsche aus Russland“ sind die deutschen bzw. deutschstämmigen Bewohner des ehemaligen Russischen Reiches und den heutigen Nachfolgestaaten zusammengefasst. In erster Hinsicht sind es Deutsche, deshalb bevorzugen wir „Deutsche aus Russland“. Selbstverständlich gehören die Deutschen aus Georgien, Kasachstan, Kirgistan, Russland, Usbekistan, Turkmenistan und der Ukraine auch dazu. In NRW leben mehr als 700.000 Deutsche aus Russland.

Was sind die Aufgaben der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V.?

Die Landsmannschaft hat sich vor über 70 Jahren als Selbsthilfeorganisation und Interessenvertretung

gegründet. Das Aufgabenprofil änderte sich ständig mit den zu bewältigenden Aufgaben. In den Anfängen ging es vor allem um die Hilfe für die Deutschen in den Herkunftsgeländen. Später kamen soziale Beratung und Betreuung dazu. Seit den 90er Jahren steht vor allem Integration und gesellschaftliche Teilhabe im Mittelpunkt der Arbeit. Die späten 2000er Jahre rückten verstärkt noch das Feld der gesellschaftlichen Bildung in den Vordergrund. Heute bietet die Landsmannschaft in Nordrhein-Westfalen ein breitgefächertes Bildungs- und Kulturangebot für alle an.

Wie diskutieren die Deutschen aus Russland in Nordrhein-Westfalen den Angriffskrieg auf die Ukraine?

Die überaus große und deutliche Mehrheit lehnt diesen Krieg ab. Viele Deutsche aus Russland, Russen, Belarussen, Georgier und Ukrainer in NRW demonstrieren Hand in Hand gegen Putin, packen Hilfspakete, verteilen Sachspenden. Selbstverständlich gibt es auch Menschen, die ihre täglichen Nachrichten aus dem russländischen Staatsfernsehen oder über soziale Netzwerke aus der Russischen Föderation beziehen. Meist sind es



Der Landesvorsitzende der LMDR NRW, Dietmar Schulmeister (Bildmitte), zusammen mit seinem NRW Vorstand (Foto: LMDR NRW/Sprenger)



Seniorinnen und Senioren, deren Hauptinformationsquelle das Fernsehen ist. Wie bereits 2014, als die Russländische Föderation die Halbinsel Krim völkerwidrig annektierte, gehen Risse durch Generationen und Familien.

In verschiedenen Städten NRWs fanden Autokorsos zur Unterstützung Putins statt. Wer nimmt an diesen Korsos teil und wie bewerten Sie die Pro-Putin-Demos?

Jeder hat in einer funktionierenden Demokratie das Recht, ihre oder seine Meinung öffentlich mitzuteilen. In Anbetracht des völkerrechtswidrigen Angriffs und den bereits bekannten Gräueltaten der Streitkräfte der Russischen Föderation kann weder ich noch die Mehrheit der russischsprachigen Menschen diese Demonstrationen nachvollziehen. Wir sehen hier Menschen, die durch gezielte Propaganda und einem Leben in Parallelgesellschaften, verstörende Weltbilder offenlegen. Diese sind voller ethnozentriertem Hass, der bereits seit mehr als acht Jahren akribisch durch die Staatsmedien aufgebaut wurde. Als LmDR NRW verurteilen wir diese Kriegs-Unterstützungsdemos, die unter anderen Vorwänden angemeldet werden und stattfinden. Wir setzen durch unsere klare Ansprache und Hilfestellungen für die geflüchteten Ukrainerinnen und Ukrainer ein starkes Zeichen. Auch rufen wir gemeinsam mit unseren Partnervereinen und -verbänden zu Gegendemos auf. Die Deutungshoheit darf nicht bei Antidemokratinnen – und Demokraten mit einem durch Propaganda verzerrten Weltbild liegen.

Wie schätzen Sie den Einfluss russischer Propaganda in Deutschland ein?

Manipulationen, Desinformationen, Lügen – das sind die Methoden der russländischen Staatspropaganda, die auch in Deutschland durch die deutschsprachigen Kanäle wie RT Deutsch oder Sputnik bis heute verbreitet werden. Hiervon profitierten vor allem immer extremistische Parteien und gesellschaftliche Akteure der rechten und linken Szene. Diese sind bekannt. Nur wenige haben sich jedoch mit dem russländischen Staatsfernsehen, das man direkt in russischer Sprache über das Internet empfangen kann, beschäftigt. Das Perfide dabei ist, dass auch über Unterhaltungsshow bestimmte Feindbilder transportiert werden. Sei es eine Comedy-Sendung oder eine Serie. Der Einfluss darf keinesfalls unterschätzt werden. Menschen werden gegenüber dem Westen und den Errungenschaften einer liberalen Gesellschaft aufgehetzt. Sie können zwischen Realität und der vermeintlichen TV-Welt nicht mehr unterscheiden.

Mit dem Angriffskrieg hat sich auch die Stimmung gegenüber der russischsprachigen Community gewandelt. Wie erleben Sie die Übergriffe und offe-



Die bilingualen Videos aus der Reihe „Politik erklärt“ wurden anlässlich der Landtagswahl in NRW im Mai 2022 produziert und informieren über die grundlegenden politischen Strukturen und Prozesse in Nordrhein-Westfalen.

Sie sind hier abrufbar:

politik-erklart.lmdr.de

Das Projekt der LmDR wird gefördert vom Ministerium für Kultur und Wissenschaft NRW



nen rassistischen Anfeindungen gegenüber russischsprachigen Menschen?

Uns erreichen hunderte Anrufe und Schilderungen von Eltern, deren Kinder auf Schulhöfen bedroht wurden und einige wenige Fälle, bei denen Lehrerinnen und Lehrer im Unterricht das Thema sehr unprofessionell zum sozialen Nachteil der russlanddeutschen, meistens russisch gelesenen, Schülerinnen und Schüler behandelten. Leider erreichen mich immer mehr Informationen über solche Fälle. Ein russisch klingender Akzent reicht manchmal für Anfeindungen. Schauen Sie mal, wie viele Bösewichte in Filmen sowjetische oder russische Biografien haben, immer dargestellt mit einem russischen Akzent. Stereotypen verfestigen sich. Der Angriffskrieg Russlands darf nicht hierhin getragen werden. In einer offenen Gesellschaft gibt es keinen Platz für Rassismus. Anders ist es bei einer offenkundigen Unterstützung für Russlands Krieg – hier kann man bei Widerworten keinesfalls von Diskriminierung sprechen.

Welche Erwartungen richten Sie an die zukünftige Landesregierung?

Ich habe sehr viele Erwartungen an die neu gewählte und sich bald hoffentlich konstituierende Landesregierung. Wir brauchen mehr Zusammenhalt in der Gesellschaft. Wir brauchen mehr Verständnis, Dialog und gegenseitige Akzeptanz. Dies kann durch die Unterstützung von notwendigen zivilgesellschaftlichen Organisationen geschehen. Die Politik darf sich aber nicht aus der Verantwortung stellen. Die Landesregierung sollte demokratische Kräfte in den vielen Communities unserer vielfältigen nordrhein-westfälischen Gesellschaft langfristig, bspw. durch zielgruppenorientierte Bildungsarbeit, unterstützen.

ABER DER SCHMERZ IST DA

EIN KOMMENTAR VON DR. BÄRBEL BEUTNER ZUM KRIEG IN DER UKRAINE



Dr. Bärbel Beutner
(Foto: Dr. Beutner)

Seit dem 24. Februar 2022 hat sich die Welt für uns alle verändert. Da begann ein Krieg, der nicht mehr tief in der Erinnerung liegt oder auf einem anderen Kontinent stattfindet, sondern von dem wir unmittelbar betroffen sind. Russland und die Ukraine – das mag ja Ausland sein – hier in unserem Alltag leben wir mit Menschen aus beiden Bereichen zusammen.

Meine Nachbarin lässt sich nur von Olga ihre Dauerwelle machen. Olga kommt aus der Ukraine. Ich bin in demselben Friseursalon die Kundin von Claudia. Dafür ist mein Augenarzt in der Gemeinschaftspraxis ein Russe aus der Nähe von Sankt Petersburg. Meine engste Freundin ist eine Deutsche aus Russland, und ein Kollege von mir war sehr froh, als er bei einer Erkrankung eine russische Pflegekraft bekam. Seine Haushaltshilfe ist übrigens eine Polin aus Breslau...

Das ist die eine Realität. Von den Aktivitäten mit der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland oder mit der jüdischen Gemeinde hier vor Ort, deren Mitglieder zum größten Teil aus der Ukraine stammen (Larissa ist allerdings aus Moldawien und Natascha aus Minsk), will ich erst gar nicht reden.

Und nun bricht eine andere Realität über uns herein. Plötzlich gibt es Feinde, ein furchtbares Flüchtlingselend ruft bei den deutschen Vertriebenen die

schlimmsten Erinnerungen wach, dazu ein Medienkrieg, der den „Normalverbraucher“ irgendwann allen Nachrichten gegenüber unsicher werden lässt.

Die Menschen setzen zwar weitgehend ihren Verstand ein, leisten unbeirrt Hilfe und lassen sich ihre Gemeinschaft nicht trüben, aber Politik und Propaganda wirken eben doch.

Es trifft besonders diejenigen, die plötzlich zwischen die Fronten geraten, die sich nicht für eine Seite entscheiden können. Das sind zunächst die Russen und die Ukrainer selbst. Die meisten sind doch „gemischt“. Ständig erfährt man: „Meine Mutter stammt aus der Ukraine“ – „Mein Großvater war Russe, meine Großmutter Ukrainerin“ – „Ich bin Ukrainer, meine Frau ist Russin“ ... Und dann so ein Krieg! Ein Bruderkrieg – und in allen Mails und Telefongesprächen gibt es nur den Wunsch, dass diese Heimsuchung bald vorbei sein möge.

Noch komplizierter ist die Situation der Deutschen aus Russland, denn hier geht die Frage nach der Identität und der Zugehörigkeit verschlungene Wege. In einer Talk-Show war die Autorin Katharina Martin-Virolainen zu Gast, Jahrgang 1986, die seit 1997 in Baden-Württemberg lebt. Sie kam mit ihren Eltern aus Kasachstan. In der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland ist sie sehr aktiv, im „Frauenverband im Bund der Vertriebenen“ wurde sie kürzlich zur Vizepräsidentin gewählt.

Der 24. Februar riss bei ihr eine Wunde auf, die sie von ihren russlanddeutschen Vorfahren geerbt hat. Die Oma wurde als Deutsche aus der Ukraine nach Kasachstan deportiert und litt unter Heimweh nach der ukrainischen Heimat. Die Enkelin publiziert ihre Bücher auf Deutsch, aber sie sagt: „Rus-

sisch ist meine erste Muttersprache!“

Plötzlich wird es für sie unbehaglich, wenn sie in der deutschen Umgebung Russisch spricht. Der Krieg hat einen Keil zwischen Russland und Deutschland getrieben, so wie er in den Familien Spaltungen und Zerwürfnisse hervorgerufen hat. Es entsteht Angst, dass die bisher gelungene Versöhnung zwischen Deutschland und Russland vielleicht auf lange Zeit beeinträchtigt, wenn nicht gar zerstört wird. Das tut weh.

Diese Sorge belastet eine weitere Gruppe, die früheren deutschen Bewohner des nördlichen Ostpreußens und die heutigen russischen Bewohner der Kaliningrader Oblast. Die deutschen Vertriebenen dieser Region traf das Vertreibungsschicksal besonders hart. Während die Schlesier, Ermländer, Masuren und Pommern seit den Ostverträgen 1970 ihre Heimat besuchen konnten, blieb den Königsbergern und Samländern ihre Heimat bis 1991 verschlossen. Das Sperrgebiet wurde zum unerreichbaren Sehnsuchtsort, zum fremden Planeten, zur Obsession.

Umso eindrucksvoller war die Erfahrung, als die Deutschen wie lang erwartete Gäste von den Russen empfangen wurden, als habe es die Katastrophen des 20. Jahrhunderts nicht gegeben. Dabei ist der letzte Weltkrieg in unserer Heimat auf Schritt und Tritt gegenwärtig. „Königsberg ist ein Massengrab!“, sagte ein älterer Herr auf einer Tagung. Als 2004 ein Gottesdienst in der Gedenkstätte Germau gefeiert wurde, stellte der Pastor seine Predigt unter das Wort Gottes zu Moses: „Ziehe deine Schuhe aus, denn wo du stehst, ist heiliges Land.“ Heiliges Land, von Blut und Tränen getränkt. Aber zehn Jahre vorher, bei einer Jubiläumsfeier 1994, sagte die russische Reiseleiterin: „Wir können alle nichts dafür, dass die Geschichte so gelaufen ist!“

So nahmen sowohl die russischen Bewohner wie die deutschen Gäste sich die Aufgabe vor, die Geschichte umzulenken. Kontakte wurden vertieft, Freundschaften entstanden, gemeinsame Projekte wurden angegangen (Restaurierungen, Publikationen, soziale Einrichtungen). Alle Samländer, ob sie nun ein- oder zweimal zu Besuch waren oder ob sie zu den „Dauerfahrern“ gehörten, berichten

die gleichen Erfahrungen: freundliches Entgegenkommen, große Hilfsbereitschaft, herzliche Gastfreundschaft brachten Ihnen die heutigen russischen Bewohner entgegen. Wer oft hinfuhr und privat wohnte, hörte bald den Satz: „Sie ist eine von uns!“ Und noch deutlicher drückte es ein russischer Freund über seinen alljährlichen deutschen Feriengast aus: „Ich habe sein Elternhaus gekauft (in dem wunderschönen Badeort Palmnicken), und wenn er kommt, schläft er in seinem Kinderzimmer!“

Und nun zieht die Politik den Königsbergern und Samländern den Boden unter den Füßen weg. Russen und Deutsche leiden gemeinsam und müssen sich gegenseitig Mut zusprechen. War alles bisher vergeblich? Hatten wir alle eine trügerische Hoffnung, Versöhnung und Frieden verwirklichen zu können? Sollen die Pessimisten recht behalten oder – noch schlimmer – die Böswilligen, die alle Bemühungen und Erfolge schlecht geredet haben?

Das dürfen wir nicht zulassen. Katharina Martin-Virolainen hat ihren Weg aus der inneren Zerrissenheit gefunden. Sie hat sich für das aktive Helfen entschieden. Durch ihre Mehrsprachigkeit kann sie allen, unabhängig von der Herkunft, als Dolmetscherin und bei der schwierigen Bürokratie beistehen. Sie erfährt viel Dankbarkeit dabei.

Die deutschen Samländer können weiterhin von ihren guten Erfahrungen und glücklichen Stunden in ihrer alten Heimat berichten, unterstützt von den russischen Freunden dort. Einer von ihnen, Germanist und Fremdenführer, rief einmal laut in Königsberg über den Domplatz: „Der Ärger kommt doch nur von den Pomuchelsköppen da oben!“ Großer Schreck bei den deutschen Gästen. „Sei doch vorsichtig! Wenn das einer versteht!“ Aber es stimmt ja. „Oben“ wird manches in Gang gesetzt, was den Menschen Kummer und Leid bringt. „Unten“ bei den einfachen Leuten gelingt es trotzdem immer wieder, gut und verträglich zusammenzuleben.

Die Autorin ist stellvertretende Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen (BdV) NRW und stellvertretende Vorsitzende der Landsmannschaft der Ostpreußen Landesgruppe NRW.



SED-OPFERBEAUFTRAGTE EVELYN ZUPKE ZU GAST IN DÜSSELDORF

DRITTER „RUNDER TISCH“ MIT SED-OPFERVERBÄNDEN AUS NRW

Auf Einladung des NRW-Beauftragten Heiko Hendriks, fand am 16. November 2021 der dritte „Runde Tisch“ mit Vertreterinnen und Vertretern der SED-Opferverbände aus NRW in der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus in Düsseldorf statt. Besonderer Gast und Gesprächspartnerin war dieses Mal die neue SED-Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag, Evelyn Zupke. Als weiterer Gesprächspartner war auch der Parlamentarische Staatssekretär im nordrhein-westfälischen Ministerium für Kultur und Wissenschaft, Klaus Kaiser MdL, zugegen.



←←

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des dritten Runden Tisches bei der Diskussion mit der Opferbeauftragten (Foto: MKW)

←

Evelyn Zupke zusammen mit Felix-Heinz Holtschke (NRW-Vorsitzender der Vereinigung der Opfer des Stalinismus VOS) und Heiko Hendriks (Foto: MKW)

Nach einleitenden Worten von Heiko Hendriks, begrüßte Prof. Dr. Winfrid Halder, Direktor der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), die Teilnehmerinnen und Teilnehmer und hieß alle herzlich willkommen.

Anschließend übernahm Evelyn Zupke, die erste Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag, als prominenter Gast das Wort. Evelyn Zupke bedankte sich für die Einladung zum „Runden Tisch“: Sie freute sich auf den gemeinsamen Austausch. Nordrhein-Westfalen sei das erste westdeutsche Bundesland, welches sie in ihrer bisherigen fünfmonatigen Amtszeit als Opferbeauftragte zu einer solchen Veranstaltung eingeladen hätte. „Viele Opfer der SED-Diktatur leben heute in Westdeutschland. Der Runde Tisch der Landes-

regierung mit SED-Opferverbänden aus NRW ist für mich vorbildhaft. Neben dem Austausch und der Vernetzung ist es für Opfer besonders wichtig, mit ihren Anliegen Gehör zu finden. Ich wünsche mir daher ein solches Forum auch in den anderen westdeutschen Ländern“, so Zupke.

Im ersten Teil der Veranstaltung fand ein Gespräch und Diskussion mit Evelyn Zupke statt. Vertreterinnen und Vertretern der SED-Opferverbände sowie nicht organisierte Betroffene bekamen die Gelegenheit, ihre Anliegen und Sorgen vorzutragen und sich mit der Opferbeauftragten auszutauschen. Evelyn Zupke zeigte sich sehr verständnisvoll für die Anliegen und Themen der Betroffenen und sagte zu, deren Belange in die Gremien des Bundes- →

tages zu tragen und auch das Gespräch mit der Bundesregierung zu suchen.

Heiko Hendriks dankte Evelyn Zupke für ihre Teilnahme und beendete die Diskussionsrunde mit den Worten: „Die Chance, die Anliegen und Ziele der SED-Opfer zu erreichen, ist mit dem Amt und der Person von Evelyn Zupke deutlich gestiegen. Das Amt und die Amtsbezeichnung ‚Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag‘ öffnen Türen.“

Im Anschluss an das Gespräch mit Evelyn Zupke wurde gemeinsam mit Heiko Hendriks und dem Parlamentarischen Staatssekretär Klaus Kaiser über gemeinsame Projekte und Vorhaben mit den SED-Opferorganisationen gesprochen. Zentrale Themen waren die Aufwertung des Betonsegments der Berliner Mauer in unmittelbarer Nähe des Landtagsgebäudes als Mahnmal und Erinnerungsort an die deutsche Teilung und Fördermöglichkeiten von Klassenfahrten zu Gedenkstätten außerhalb von NRW mit ortsansässigen Opfervereinen.

RÜCKBLICK

Seit 2019 gibt es jährlich einen Runden Tisch mit den Vertreterinnen und Vertretern der SED-Opferverbände. Gäste waren u. a. der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper MdL, Staatssekretär Dr. Mark Speich, die Schriftstellerin Marie-Luise Knopp und der Geschäftsführer des Instituts für Deutschlandforschung an der Ruhruniversität Bochum, Dr. Frank Hoffmann.



DIE SED-OPFERBEAUFTRAGTE BEIM DEUTSCHEN BUNDES- TAG, EVELYN ZUPKE

Evelyn Zupke wurde am 10. Juni 2021 in das Amt der Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur gewählt.

ZUR PERSON

Evelyn Zupke, geb. am 28. Februar 1962 als Evelyn Wiehler in Binz, ist ausgebildete Heilerziehungspflegerin und Fachberaterin für Psychotraumatologie. Ab 2008 war sie als Sozialpädagogin in der ambulanten Eingliederungshilfe für Menschen mit psychischer Erkrankungen in Hamburg tätig. Ab 1987 war Evelyn Zupke Teil des oppositionellen Friedenspreises Weißensee und sorgte 1989 maßgeblich für die Aufdeckung des Wahlbetrugs bei den DDR-Kommunalwahlen. In den Jahren 1989 und 1990 war sie Teil des Runden Tisches in Berlin-Weißensee und engagierte sich zusätzlich in der Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM) und im Archiv der DDR-Opposition der Robert-Havemann-Gesellschaft. Seit mehr als 20 Jahren ist Zupke als Zeitzeugin in Schulen deutschlandweit tätig. Sie ist zudem Mitglied im Beirat für den Härtefallfonds für Opfer der SED-Diktatur beim Berliner Aufarbeitungsbeauftragten. In 2001 erhielt sie für Ihr Engagement den Verdienstorden des Landes Berlin. (Quelle: <https://www.bundestag.de/sed-opferbeauftragte>)

UTOPIE EUROPA – REISEIMPRESSIONEN AUS LITAUEN

**BUCHVORSTELLUNG VON DR. FRANK HOFFMANN, INSTITUT FÜR
DEUTSCHLANDFORSCHUNG AN DER RUHR-UNIVERSITÄT BOCHUM**

Aktuelle Sorgen, auch Litauens mutige Auseinandersetzung mit China, lenken die Blicke heute in diese Teile der EU, von denen wir viel zu wenig wissen. Wer sich besser auskennen möchte im größten der baltischen Länder, sei Alexander Richter-Karigers neues Buch „Rietavas“ ans Herz gelegt.

In launigen Reisebildern erleben wir eine gar nicht „heile“, doch ländlich geprägte Welt, in der die harte Geschichte des 20. Jahrhunderts ihre Spuren indes vielerorts hinterlassen hat. Das KGB-Gefängnis in der Hauptstadt Vilnius oder eine frühere Raketenbasis werden ebenso durchstreift wie Hermann Sudermanns Heimatdorf Matzicken und die berühmte Kurische Nehrung.

Einprägsam wird vom Blutsonntag im Januar 1991 erzählt, als in Vilnius die Sowjetunion ein letztes Mal versuchte, ihre Macht mit Panzern zu behaupten. Wie vergeblich und doch: Zwölf Männer und Loreta Asanavičiūtė, 23 Jahre jung, verloren ihr Leben und sind bis heute unvergessen.

Allem Schrecken zum Trotz bleibt die Faszination spürbar, die das „Sehnsuchtsland“ Litauen für unseren Autor Schritt auf Schritt bereithält. Er kommt immer wieder hierher dank der Partnerschaft von Saerbeck (Kreis Steinfurt) mit Rietavas, 30 Kilometer landeinwärts von Ostsee und Klaipeda (früher Memel) gelegen.

Die menschliche Atmosphäre von Begegnungen, Festen und Gesprächen verzaubert in diesem Buch. Man glaubt auf einmal an die Utopie Europa und wird sofort von der historischen Wirklichkeit eingeholt.

Oskar Brüsewitz, dessen Selbstverbrennung 1976 ein Fanal des Widerstands gegen die DDR-Diktatur war, ist im Memelland geboren. Auch wenn die Spurensuche nach ihm vielfach noch offen ist, so bleibt doch ein Grund mehr aufzubrechen in ein so vielfältiges, reiches und schönes Stück Europa.



Rietavas. Litauische Reise- impressionen

Alexander Richter-Kariger
First minute Taschenbuchverlag, 2021
234 Seiten, zahlreiche Abbildungen
22,50 Euro

BERLINER MAUERSEGMENT AM LANDTAG DURCH SCHAU- TAFELN AUFGEWERTET

„[...] ein kleines, aber historisch bedeutendes und unübersehbares Denkmal zur Demokratieerziehung im Herzen Düsseldorfs“ – Zitat Felix-Heinz Holtschke

Am 26. April 2022 fand auf Einladung des Beauftragten der Landesregierung für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern und des Landesbeirats für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen eine Feierstunde anlässlich der Aufwertung des Berliner Mauersegments am Landtag NRW im Beisein des Präsidenten des Landtags, André Kuper MdL, des Parlamentarischen Staatssekretärs im Ministerium für Kultur und Wissenschaft, Klaus Kaiser MdL, sowie Vertreterinnen und Vertretern der in NRW ansässigen SED-Opferverbände statt.

Heiko Hendriks freute sich insbesondere über die große Zustimmung und Unterstützung für dieses Projekt und dankte insbesondere der Stiftung Berliner Mauer für ihre Unterstützung. Er wies darauf hin, dass die neuen Schautafeln Vorbeigehende dazu einladen sollen, stehen zu bleiben, um mehr über das Mauerstück und über die deutsche Geschichte in Erfahrung zu bringen.

In seiner Kurzansprache an die Gäste sagte der Präsident des Landtags, André Kuper MdL: „Den Mauerfall haben einerseits mutige Menschen mit ihren machtvollen Montagsdemonstrationen, andererseits auch die vielen Menschen, die durch Flucht und Aussiedlung in den Westen die DDR destabilisiert haben, möglich gemacht. Durch diese Menschen wurde dieses verhasste Bauwerk zum Einsturz gebracht. Damit wurde auch die Einheit Europas ermöglicht. Das Mauerstück in der Nähe des Landtags führt uns vor Augen, dass jeder von uns immer wieder gefordert ist, Demokratie zu leben und sie gegen ihre Feinde zu verteidigen.“

PStS Klaus Kaiser MdL betonte: „Die SED-Diktatur hat viel Unrecht verursacht und zahlreiche Opfer gefordert. Für viele Betroffene sind die Folgen heute noch psychisch und physisch spürbar. Es ist eine gesamtgesellschaftliche und gesamtdeutsche Aufgabe, uns um diejenigen zu kümmern, denen Unrecht widerfahren ist. Neben der Aufarbeitung die-



ses Kapitels im Rahmen der historisch-politischen Bildung setzen wir uns auch für die Würdigung und Anerkennung der Menschen ein, denen in der SED-Diktatur Unrecht widerfahren ist.“

Der Vorsitzender der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS e.V.) in Nordrhein-Westfalen Felix Heinz Holtschke, der selbst im damaligen Ost-Berlin von seinem Bürofenster acht Jahre lang tagtäglich bis zu seiner Verhaftung am 21. November 1984 direkt auf die darunterliegende Mauer mit dem berüchtigten Todesstreifen blicken konnte, sagte: „Dieses schreckliche Rudiment einer kommunistischen Diktatur, die ihr eigenes Volk des eigenen Machterhalts wegen einmauern ließ, soll für diese und nachfolgende Generationen ein bleibendes Mahnmal sein und bleiben. Deshalb war es gut und richtig, dass die NRW-Landesregierung die von der VOS e.V. entwickelte und an den Beauftragten der Landesregierung, Heiko Hendriks herangetragene Idee eines ‚sprechenden Denkmals‘ letztendlich baulich so zügig umgesetzt hat. Neben dem Haus der Geschichte ist so für die breite Öffentlichkeit, insbesondere die junge Generation, ein kleines, aber historisch bedeutendes und unübersehbares Denkmal zur Demokratieerziehung im Herzen Düsseldorfs entstanden. Dafür möchte ich im Namen des Bezirks- und des Landesverbandes, aber auch des Bundesvorstandes der VOS herzlich Danke sagen!“

Mittels eines QR-Codes kann man auf die Homepage der Stiftung Berliner Mauer zugreifen, um vertieft in die Geschichte der Berliner Mauer einzusteigen.



www.stiftung-berliner-mauer.de

HINTERGRUNDINFORMATIONEN:

Das Teilstück der Berliner Mauer in unmittelbarer Nähe des Landtagsgebäudes in Düsseldorf war ein Geschenk des Axel-Springer-Verlags an das Land Nordrhein-Westfalen zum 20. Jahrestag des Mauerfalls am 9. November 2009. Der Verlag schenkte allen Bundesländern jeweils ein Betonfragment aus der Berliner Mauer in Erinnerung an die friedliche Überwindung der Berliner Mauer und Mahnmal an die SED-Diktatur. Im Rahmen des Runden Tisches mit den SED-Opferbänden wurde erstmals 2020 diskutiert, wie das Denkmal sicht- und erfahrbarer gemacht werden könnte. Im November 2021 beschloss der Landtag auf Antrag der Fraktionen von CDU und FDP die Aufwertung.

Fotos Seite 32:

-  Heiko Hendriks (4. v. l.) erläutert die Schautafeln.
-  Landtagspräsident André Kuper MdL bei seiner Ansprache
-  v.l.n.r.: PStS Klaus Kaiser MdL, Heiko Hendriks, Landtagspräsident André Kuper MdL, Felix-Heinz Holtschke, Vorsitzender der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS e.V.)

Fotos Seite 33:

Gruppenbild 

v.l.n.r.: PStS Klaus Kaiser MdL und Landtagspräsident André Kuper MdL 

Felix-Heinz Holtschke, Vorsitzender der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS e.V.) 

Bildrechte sämtlicher Fotos: MKW/Mark Hermenau



VERLEIHUNG DES HEIMAT- PREISES FÜR DIE SIEBENBÜRGER SACHSEN IM 65. JAHR DER PATENSCHAFT DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN

**NRW-HEIMATMINISTERIN SCHARRENBACH:
AUS PATENSCHAFT WIRD PARTNERSCHAFT**



Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat am 31. März erstmals in der Geschichte des Landes den Heimatpreis für die Siebenbürger Sachsen verliehen. Die Auszeichnung wurde 2019 von der NRW-Landesregierung ins Leben gerufen und ist mit insgesamt 12.500 Euro dotiert.

Prämiert wurden die Initiative „Turm der Erinnerung“ in Wiehl-Drabenderhöhe, der Schiller Verlag in Hermannstadt sowie der Orgelbauer Hermann Binder aus Hermannstadt. Der Heimatpreis gilt als Ausdruck für die intensive Verbindung des Landes Nordrhein-Westfalen zu den Siebenbürger Sachsen. Seit 1957 besteht die Patenschaft zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Verband der Siebenbürger Sachsen in Deutschland.

Anlässlich der Preisverleihung erklärte Heimatministerin Ina Scharrenbach (CDU): „Der Heimatpreis für die Siebenbürger Sachsen ist Ausdruck der engen Verbundenheit zwischen Nordrhein-Westfalen und Siebenbürgen. Die Landesregierung würdigt mit dem Preis den hohen Einsatz der Siebenbürger Sachsen in Vergangenheit und Gegenwart für den Austausch in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst und Literatur zwischen unserem Bundesland und der Region Siebenbürgen im heutigen Rumänien. Als engagierte Heimatgestalter(-innen) leisten die Siebenbürger Sachsen einen besonders wertvollen Beitrag für die Völkerverständigung und unser Zusammenleben in Nordrhein-Westfalen. Ich gratuliere den Preisträgerinnen und Preisträgern ganz herzlich.“ Vor 65 Jahren übernahm das Land NRW die Patenschaft über die Siebenbürger Sachsen in Deutschland. Aus der „Patenschaft sei eine Partnerschaft geworden“, so Ministerin Ina Scharrenbach, die betonte, dass das

partnerschaftliche Verhältnis sich weiterentwickelt und vertieft habe.

Seitens des Verbandes der Siebenbürger Sachsen in Deutschland sagte dessen Bundesvorsitzender, Rainer Lehni: „Die jahrzehntelange fruchtbare Zusammenarbeit wird mit dem neuen ‚Heimatpreis des Landes Nordrhein-Westfalen‘ für die Siebenbürger Sachsen als sichtbares Zeichen der engen Beziehung zueinander gewürdigt. Ich danke dem Land für die Initiierung dieses Preises, in dem wir unsere Integration in der neuen Heimat wiederfinden, genauso aber auch eine Brücke von Nordrhein-Westfalen in die alte Heimat Siebenbürgen schlagen.“

Drei herausragende Projekte und Lebenswerke

Eine internationale Jury, bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern des Verbandes der Siebenbürger Sachsen, der Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung in

NRW und Rumänien, wählte bereits 2020 drei herausragende Projekte und Lebenswerke zur Prämierung aus, darunter die Initiative „Turm der Erinnerung“. Der „Turm der Erinnerung“ ist zum Wahrzeichen der Siedlung Wiehl-Drabenderhöhe der Siebenbürger Sachsen geworden und erinnert zugleich an die reiche Kulturlandschaft Siebenbürgens mit ihren zahlreichen Kirchenburgen und Wehrtürmen. Er bildet den symbolträchtigen Eingang zum Haus Siebenbürgen und ist – mit seinem roten Dach – ein Erkennungszeichen weit über das Oberbergische hinaus. Er ist Geschichtsmuseum, Kunstgalerie und Treffpunkt der Generationen. Darüber hinaus bildet er den stimmungsvollen Schauplatz für eine Fülle kultureller Veranstaltungen, welche gemeinsam mit den Bewohnerinnen und Bewohnern des Dorfes Drabenderhöhe durchgeführt werden. Der Hilfsverein der Siebenbürger Sachsen „Adele Zay“ e. V. ist alleiniger Gesellschafter des Hauses Siebenbürgen, einem Wohn- und Pflegeheim in Wiehl. Darüber hinaus unterstützt er soziale und diakonische Einrichtungen und Aufgaben der Evangelischen Kirche Augsburgischen Bekenntnisses in Rumänien (A.B.). Die Jury sieht im „Turm der Erinnerung“ ein herausragendes Beispiel für den Erhalt des kulturellen Erbes. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft siebenbürgischer Heimat in Nordrhein-Westfalen – in und am „Turm der Erinnerung“ – bekommt so ein Gesicht und wird für alle erfahrbar.

Ebenfalls ausgezeichnet wurde der Schiller Verlag in Hermannstadt. Mit einem anspruchsvollen Verlagsprogramm leisten die beiden Gründer Anselm Roth (verstorben) und Jens Kielhorn von Hermannstadt aus einen wertvollen Beitrag zur Stärkung und Bewahrung siebenbürgischer Identität innerhalb und außerhalb des ehemaligen Siedlungsgebietes der Siebenbürger Sachsen. Der Schiller Verlag Hermannstadt und die angegliederten Buchhandlungen stehen außerdem für die Vermittlung von Buchkultur in den Sparten Dokumentation, Ortsmonographien, Reiseführer, Belletristik, Theologie, Philosophie, Schulbücher und Alltagsleben: ein Programm, das für eine besondere Reichhaltigkeit bei der Weitergabe heimatbezogener Themen steht. Die Jury würdigt vor allem die Verdienste des Verlags als Brückenbauer zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Rumänien, zwischen den Siebenbürger Sachsen innerhalb und außerhalb Rumäniens und zwischen Einheimischen, ihren Gästen und Touristen.



V.l.n.r.: Staatssekretär Dr. Jan Heinisch, Ulrike Horwath, Vorsitzende des Adele-Zay-Hilfsvereins e. V., Ina Scharrenbach, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen, Bundesvorsitzender Rainer Lehni, Orgelbauer Hermann Binder, Jens Kielhorn, Schiller Verlag Hermannstadt (Foto: MHKBG)

Sonderpreis für den Orgelbauer Binder

Einen Sonderpreis erhält darüber hinaus Orgelbauer Hermann Binder aus Hermannstadt. Hermann Binder, geboren 1945 in Schäßburg, ist weit über die Grenzen Siebenbürgens als Orgelbauer und Orgelforscher bekannt. Sein Fachgebiet sind historische Orgeln und er ist zudem in der Nachwuchsarbeit sehr aktiv und erfolgreich. Hermann Binder hat jahrzehntelang unter schwierigen Bedingungen – begonnen noch in der Zeit des Kommunismus – die einzige Orgelwerkstatt in der Region Siebenbürgen betrieben. Ihm ist es zu verdanken, dass die Orgellandschaft heute selbstverständlich integriert ist in die Kirchenburgenlandschaft, die die Siebenbürger Sachsen als heimatliches Kulturgut in Rumänien geschaffen haben. Binder ist bis heute in Hermannstadt als Orgelbauer tätig und kennt alle wichtigen Orgeln Siebenbürgens. Neben seiner handwerklichen Tätigkeit als Orgelbauer hat er die Instrumente auch wissenschaftlich erfasst.

Die beiden Hauptpreise erhalten jeweils 4.500 Euro, der Sonderpreis wird mit 3.500 Euro dotiert. Pandemiebedingt musste bisher auf eine Preisverleihung in Präsenz verzichtet werden. Diese wurde nun am 31. März 2022 durchgeführt.

Quelle: Gekürzte PM des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung/Siebenbürgische Zeitung vom 10.04.2022



IM BLICKPUNKT: DIE OBERSCHLESIER

VON CHRISTOPH MARTIN LABAJ

DER NACHWUCHS DER LANDSMANNSCHAFT DER OBERSCHLESIER AUF DEN SPUREN VON KÄTHE KRUSE

Die Landsmannschaft der Oberschlesier (LdO), Kreisgruppe Gütersloh, ist mit dem Thema „Käthe Kruse – Frauenpower aus Schlesien“ beim diesjährigen Schülerwettbewerb „Begegnung mit Osteuropa“ vertreten.

Unter der Leitung des stellv. Vorsitzenden, Johann Ceglarek, haben Alexander (7) und Wiktor (8), der in Dambrau/Dąbrowa geborenen schlesischen Puppenschauspielerin Käthe Kruse (1883-1968) Tribut gezollt, indem sie selbstständig Puppen aus Wollsocken, Textilresten und Papier gebastelt haben. Diese bekamen die Namen „Lolek“ und „Bolek“ nach bekannten Zeichentrickfiguren der Filmstudios in Bielitz-Biala/Bielsko-Biala. Die von Kruse stets eigenständig entworfenen, hergestellten und verkauften Kinderpuppen haben bis heute einen hohen Sammlerwert und waren bereits im Jahr 2021 Teil der Sonderausstellung „Bewegte Leben. Oberschlesische Persönlichkeiten“ des Oberschlesischen Landesmuseums in Ratingen.



Oben: Die beiden Künstler bei der Arbeit
Unten: Die fertigen Puppen
(Bildrechte: Labaj)

OSTERMARKT IM OBERSCHLESISCHEN LANDESMUSEUM

Am 10. April 2022 veranstaltete das Oberschlesische Landesmuseum einen Ostermarkt, gemeinsam mit der Landsmannschaft der Oberschlesier, dem Verband der Siebenbürger Sachsen NRW, der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland NRW und Kateryna Lytvyn (Privatperson, Düsseldorf/Ukraine). Die Gruppen waren mit Ständen vertreten, an denen man traditionelle Ostereier, Gebäck, Literatur etc. erwerben konnte. Für interessierte Besucherinnen und Besucher fanden Führungen durch das Museum und die Sonderausstellungen statt. Zusätzlich wurden Tanzdarbietungen in Trachten und Eierkratz-Workshops angeboten. Weiterhin sorgten eine schlesische Bäckerei und ein schlesischer Laden für das leibliche Wohl vor Ort.



(Fotos: Leonie Langen)

70-Jahr-Feier der Landsmannschaft Schlesien NRW

EIN FESTTAG DER SCHLESISCHEN KULTUR

VON RUDI PAWELKA

Am 26. März 2022 fand im gut gefüllten Eichendorff-Saal des Gerhart-Hauptmann-Hauses die bunte 70-Jahr-Feier der Landsmannschaft Schlesien NRW statt.

Als Festredner konnte der Bundestagsabgeordnete Dr. Klaus Wiener aus der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag gewonnen werden. Obwohl viele Jahre nach der Vertreibung geboren, erwies sich Dr. Wiener als profunder Kenner Schlesiens. In seiner Familie pflegt man das Schlesiertum, so dass es selbstverständlich war, den Heimatort zu besuchen. Mit seinen Ausführungen traf Dr. Wiener vor allem die Stimmung der älteren Landsleute.

Herr Prof. Dr. Hans-Ulrich Baumgarten, Abteilungsleiter für Weiterbildung und Politische Bildung im Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen, richtete in Vertretung der Ministerin ein Grußwort an die Teilnehmenden. Er hob hervor, dass die Landesregierung den Vertriebenenverbänden erhebliche Unterstützung gebe und auch Institutionen in ihrer Arbeit für die Vertreibungsgebiete gefördert würden.

Erfreut begrüßt wurden zudem der Landesvorsitzende der Landsmannschaft Ostpreußen, Jürgen Zauner, und sein Stellvertreter Klaus-Arno Lemke sowie der stellvertretende Landesvorsitzende der Landsmannschaft der Baltendeutschen, Dr. med. Raimund Renner.

In seiner Rede dankte Rudi Pawelka (Landesvorsitzender des BdV und der Landsmannschaft Schlesien NRW)

allen Mitgliedern für ihre jahrzehntelange Arbeit, ohne die der Verband nicht so lange hätte bestehen können und erläuterte in seinem Vortrag die Schwerpunkte der Kulturarbeit. In der Festschrift der Schlesier sind darüber entscheidende Aussagen gemacht worden.

Der Landesvorsitzende verwies auch auf die aktuelle politische Lage. Deshalb wurde bei der Totenehrung nicht nur der deutschen Opfer, sondern auch der Opfer in der Ukraine gedacht

Die Kultur Schlesiens stand im Mittelpunkt der Festveranstaltung. Das niveauvolle Programm wurde durch die Pianistin Elena Mogilevskaya und die junge Sopranistin Maria Popa eingeläutet. Dass das schlesische Gemüt hervorragend angesprochen werden kann, bewies im Anschluss daran Frau Anneliese Wickel mit Gedichten und Geschichten aus Schlesien. Frau Dr. Petra Behrens, eine promovierte Elektrotechnikerin, begeisterte mit ihrer hervorragenden Stimme und vielen Heimatliedern das Publikum. Für alle war erstaunlich, dass die junge Frau sich neben ihrem Beruf mit diesem Liedgut befasst. Die schlesische Tanz- und Trachtengruppe „Der Fröhliche Kreis“ aus Bergisch-Gladbach entführte mit seinen Tänzen auch optisch in die schlesische Welt. Noch mehr aufleben ließ zum Schluss der Bläserchor „Bergleute aus Ost und West“ mit heimatlichem Liedgut, das allen regelrecht ins Blut ging. Ein besonderer Dank galt dem stellvertretenden Landesvorsitzenden Hans-Peter Mann, der das Programm zusammengestellt, die Organisation vorbereitete und die Veranstaltung moderiert hatte.



Abbildungen von oben nach unten:

Anneliese Wickel aus Hohemlimburg (Foto: BdV LV NRW)

Dr. Petra Behrens aus Marl (Foto: BdV LV NRW)

V.l.n.r.: Hans-Peter Mann, Dr. Klaus Wiener, Rudi Pawelka (Foto: Landsmannschaft Schlesien NRW)

FACHKONGRESS DIGITALISIERUNG IM MUSEUMSBEREICH

„HEIMATSAMMLUNGEN NUTZEN – BILDUNGSPROZESSE INITIIEREN“

Am 2. Februar 2022 fand die digitale Präsentation des vom Land Nordrhein-Westfalen geförderten Digitalisierungs- und Virtualisierungsprojektes „Historisch ostdeutsche Heimatsammlungen in NRW“ der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen im Rahmen eines Fachkongresses statt.

Die Präsentation wurde unter der Teilnahme des Parlamentarischen Staatssekretärs im Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen, Klaus Kaiser MdL, und zahlreichen weiteren Expertinnen und Experten aus Politik, Wissenschaft und Praxis in einer live auf YouTube übertragenen Online-Veranstaltung der Öffentlichkeit vorgestellt.

In seinen einleitenden Worten wies Thomas Konhäuser, Geschäftsführer der Kulturstiftung, darauf hin, dass ostdeutsche Heimatsammlungen und Heimatstuben besondere Orte der Erinnerungskultur der Vertriebenen seien. Die in den Nachkriegsjahrzehnten bis heute liebevoll zusammengetragenen materiellen Kulturgüter und Gegenstände werden noch immer als Erinnerung an die alte Heimat gepflegt. Beim Digitalisierungsprojekt gehe es um die digitale Erfassung und virtuelle Präsentation der Exponate, also der sächlichen Objekte ausgewählter Heimatsammlungen. Die Exponate werden hierzu fotografiert und sind samt einer Beschreibung

und weiteren Informationen im Internet in Form einer „virtuellen Heimatsammlung“ verfügbar. Der Besucher der Internetseite kann sich in den Räumen der Sammlung frei bewegen, entweder in 360°-abgelichteten Räumen, oder, wo dies nicht möglich ist, in virtuell konstruierten Räumen. Er kann sich dann auf einzelne Objekte konzentrieren, sie mit anderen Exponaten vergleichen und dabei zugleich wesentliche Informationen zu den Objekten abrufen. Damit wird den Sammlungen der Zugang zu neuen Zielgruppen erleichtert und gleichzeitig Interessenten weltweit ein virtueller Besuch unabhängig von Zeit und Ort ermöglicht. Die Kulturstiftung konnte in den letzten beiden Jahren insgesamt 20 Heimatsammlungen in NRW digitalisieren.

Im Anschluss sprachen PStS Klaus Kaiser, Heiko Hendriks und Reinfried Vogler, Vorstandsvorsitzender der Kulturstiftung, ihre Grußworte.

Auf der Internetseite

www.ostdeutsche-heimatsammlungen.de können die bisher 20 digitalisierten Heimatsammlungen begutachtet werden.



Ein Teil der Teilnehmerinnen und Teilnehmer beim Fachkongress der Kulturstiftung (Foto: Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen)

Klaus Kaiser erklärte „Das mit zahlreichen Informationen zu den Sammlungen angereicherte digitale Angebot bedeutet auch eine enorme Chance für Schulen und die Erwachsenenbildung. Die Unterstützung für das Projekt setzen wir daher gerne fort, sodass weitere Heimatstuben einen Online-Zwilling erhalten und auf dieser Basis Bildungskonzepte erarbeitet werden können“.

Im Rahmen einer Keynote sprach Frank von Hagen, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Museumsforschung der Staatlichen Museen zu Berlin, über „Die Bedeutung der Digitalisierung zur Bewahrung des deutschen kulturellen Erbes im östlichen Europa“.



BdV-Präsident
Dr. Bernd Fabritius
(Foto: BdV)

Anschließend folgte die Vorstellung des Leuchtturmprojekts der Kulturstiftung von Dr. Ernst Gierlich, Vorstandsmitglied der Kulturstiftung und Barbara Kämpfert, die die wissenschaftlichen Begleittexte zu den Digitalisaten verfasste. Anhand ausgewählter Heimatsammlungen, wie der in Hertfen, dem Danziger Zimmer im Gerhart-Hauptmann-Haus in Düsseldorf und der Breslauer Sammlung in Köln zeigten sie beispielhaft die verschiedenen Facetten der bereits digitalisierten Heimatsammlungen auf.

Heiko Hendriks:

„Früher hieß es:

„Wer schreibt, der bleibt.

Heute heißt es:

„Wer digitalisiert, der bleibt“

Dr. Gundula Bavendamm (Berlin), Direktorin der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, ging in ihrem Impulsvortrag auf die Bedeutung von digitalen Prozessen für die Erinnerungskultur ein und bediente sich hierfür des Beispiels von Heimatsammlungen. Sie nannte die Digitalisierung einen „Meta-Trend der Gesellschaft“. Der Begriff der Heimat habe wieder an Modernität gewonnen und man könne nun gerade in Bezug auf Heimatsammlungen neues Interesse wecken.

Abgerundet wurde die Veranstaltung durch eine Podiumsdiskussion.

BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius:

„Mit der Förderung eines Digitalisierungsprojekts im Bereich des § 96 BVFG (Pflege des Kulturgutes der Vertriebenen und Flüchtlinge und Förderung der wissenschaftlichen Forschung) befindet sich das Land NRW sowohl auf der Höhe der Zeit als auch im Kern des gesetzlichen Auftrags. Deutsche Flüchtlinge und Vertriebene

sowie deren Nachfahren bilden auch in Nordrhein-Westfalen eine mehrere Millionen umfassende Bevölkerungsgruppe, zu der jeder dritte bis vierte Rheinländer, Westfale und Lipper gehört. Es ist damit ein Projekt, das die Bürger dieses Landes anspricht und im besten Sinne inspiriert und motiviert, sich mit ihrer eigenen oder der Geschichte des Nachbarn, des Freundes zu beschäftigen.

Virtuelle Heimatsammlungen, digitalisierte Heimatstuben müssen Bestandteil eines jeden Konzepts für Erinnerungskultur sein! Wir können nicht ausschließlich darauf vertrauen, dass alle heute noch begehbaren Räume der Erinnerungspflege in fünfzig Jahren physisch noch vorhanden sind. Selbst wenn, so gäbe es bei einigen niemanden mehr, der die Tür aufschließen und eine Führung anbieten könnte.

Heimatstuben und -sammlungen bleiben Teil des gesamtdeutschen Erbes. Politik und Gesellschaft tragen dafür gemeinsam Verantwortung.“

Rückblick und Ausblick gab Prof. Dr. Hans-Ulrich Baumgarten, Abteilungsleiter Weiterbildung und Politische Bildung im Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen. Er verwies auf die Sinndimension der Heimat für einzelne Personen und die Gesamtgesellschaft. Geschichte sei ein Teil der eigenen Identität und dazu gehöre die Solidarität mit ihren Opfern, sagte Prof. Dr. Baumgarten.

Die Martin-Opitz-Bibliothek kooperiert mit der Universitätsbibliothek Breslau

GROSSES DIGITALISIERUNGSPROJEKT VOLLENDET!

VON LISA BURSCHEIDT

Das bislang größte Digitalisierungsprojekt der Martin-Opitz-Bibliothek wurde Ende 2021 nach knapp zwei Jahren zum Abschluss gebracht. In Kooperation mit der Universitätsbibliothek Breslau wurden ca. 100.000 Seiten seltener und unikaler Medieneinheiten zur Kultur und Geschichte der Deutschen in Schlesien digitalisiert und online gestellt. Dabei wurden etwa 75.000 Seiten aus dem Bestand der Universitätsbibliothek Breslau und 25.000 Seiten aus dem Bestand der Martin-Opitz-Bibliothek bereitgestellt. Digitalisiert wurden die Medien von der jeweiligen Einrichtung.

Die Dokumente decken sowohl geschichtlich als auch thematisch ein breites Spektrum ab: von Adress- und Kirchenbüchern über historische Zeitungen und Zeitschriften bis hin zu exponierten Einzelwerken wie der bebilderten Handschrift „Die Tartarschlacht“ und Liederbüchern für Männergesangsvereine. Bei den digitalisierten Medien handelt es sich zum Teil um rare Einzelstücke, welche nur in dem Bestand der jeweiligen Kooperationsbibliothek zu finden sind.

Ein besonderes Merkmal des Projekts war die Volltexterkennung des gesamten Materials (mit Ausnahme von Handschriften), die Formal- und Sacherschließung sowie die Strukturdatenerfassung. Die Digitalisate wurden von beiden Projektpartnern gesichert und über die jeweilige Digitale Bibliothek vollumfänglich online gestellt. Zudem werden die Digitalisate über die Deutsche Digitale Bibliothek und die Polnischen Digitalen Bibliotheken bereitgestellt.

„Ich fand es interessant, wie viel Geschichte man aus Dokumenten entnehmen kann, wo man das vielleicht nicht vermuten würde,“ sagt André Wilbrandt, einer der Beteiligten am Projekt. „Zum

Beispiel als ich das Adressbuch von Liegnitz aus dem Jahr 1939 digitalisiert habe, tauchten da sehr oft die Vornamen Sara und Israel auf. Das waren nicht die Namen, die diese Menschen von ihren Eltern erhalten hatten, sondern Zwangsnamen, unter denen sie aufgrund ihres jüdischen Glaubens geführt wurden.“

Auch online zu sehen

Die Martin-Opitz-Bibliothek stellt jede Woche auf ihrer Website zum Projekt fünf neue Links zu Digitalisaten ein. Auf unseren Präsenzen in den Sozialen Medien gibt es jede Woche einen Beitrag zu einem besonderen Digitalisat und dessen Geschichte, Hintergründe und Inhalt. Zuletzt vorgestellt wurden unsere Digitalisate der Wochenzeitschrift „Schlesische privilegierte Gebirgsblätter“. Diese beinhaltet die Jahrgänge 1813/14 und deckt damit eine historisch einschneidende Epoche ab. Die Vorstellung, dass ein schlesischer Bürger durch diese Zeitung über die Völkerschlacht bei Leipzig informiert wurde und gegebenenfalls Verwandte oder Freunde besessen hat, lässt diese Zeitung zu einem lebendigen Stück Zeitgeschichte werden.

→ Bericht über die Völkerschlacht bei Leipzig in der Wochenzeitschrift „Schlesische privilegierte Gebirgsblätter“:
 „Vorläufigen Nachrichten zufolge, die soeben bey einem hiesigen hohen Militairgouvernement aus Halle vom 16ten per Gazette eingegangen sind, hat an dem genannten Tage sich zwischen Groskugel und Leipzig eine Schlecht mit dem Feinde engagiert, in welcher der General Blücher 4 französische Armee-Corps total geschlagen hat, ...“



↓ Titelbild der Handschrift „Die Tartarenschlacht“ von 1874 (Bildrechte: MOB Herne)



Hier können Sie mehr über das Projekt erfahren und die Digitalisate einsehen:

 bit.ly/3yKYMkm

Über die Social-Media-Kanäle können besonderes erwähnenswerte Stücke in der Reihe „Digitalisat der Woche“ verfolgt werden:

 www.instagram.com/mob_herne

 twitter.com/mob_herne

 www.facebook.com/martinopitzbibliothek

„Ein ebenso kreativer wie streitbarer Funktionsträger“

DIE SUDETENDEUTSCHE LANDSMANNSCHAFT NRW WÜRDIGT RÜDIGER GOLDMANN

VON DR. GÜNTER REICHERT

Am 28. Dezember 2021 beging Rüdiger Goldman, stellvertretender Landesobmann der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Nordrhein-Westfalen, in Düsseldorf seinen 80. Geburtstag.



(Foto: SDL NRW)

Geboren in Gablonz an der Neiße hat er sich schon mit Beginn seines Studiums im Arbeitskreis Sudetendeutscher Studenten engagiert, war Mitarbeiter der Studentenzeitschrift „actio“ und diskussionsfreudiger Teilnehmer an vielen Seminaren und Begegnungswochen in der sudetendeutschen Bildungs- und Begegnungsstätte „Heiligenhof“ in Bad Kissingen. Als Oberstudienrat war es ihm ein besonderes Anliegen, seinen Schülerinnen und Schülern ein umfassendes Geschichtsbild zu vermitteln, das auch die Regionen jenseits des früheren Eisernen Vorhangs einschloss.

Bereits im Jahr 1965 trat Goldman der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) in Düsseldorf bei. Nach langjähriger Zugehörigkeit im nordrhein-westfälischen SL-Landesvorstand übernahm er im Jahr 2010 das Amt eines stellvertretenden Landesobmanns und ist dort vor allem für die Kontakte zum BdV-Landesverband zuständig, dessen stellvertretender Vorsitzender er von 1988 bis 2008 war. Seit mehreren Legislaturperioden ist er Mitglied der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft; dort hat er sich vor allem in den Ausschüssen für Kultur und Öffentlichkeitsarbeit engagiert.

Sein großes Interesse für die Kulturleistungen der Deutschen in ihren früheren Siedlungsgebieten kommt auch in seinem Wirken als Mit-

glied des Kuratoriums der „Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus/Deutsch-osteuropäisches Forum“ in Düsseldorf, als Vorstandsmitglied der „Stiftung Deutsche Kultur im östlichen Europa“ (vormals „Ostdeutscher Kulturrat“ – OKR), in seinen journalistischen Aktivitäten vor allem in der „Kulturpolitischen Korrespondenz“ sowie in der Durchführung einer Vielzahl von Informations- und Begegnungsreisen insbesondere in die Sudetenländer und nach Schlesien zum Ausdruck.

Von 1975 bis 1985 war Goldman Ratsherr der Stadt Düsseldorf für den damals jüngsten Stadtteil Garath/Hellerhof, wo er gemeinsam mit dem Bund der Vertriebenen die Errichtung eines Ostdeutschen Gedenksteins durchgesetzt und sich mit seiner Ehefrau Regina für den Schlossbauverein Garath engagiert hat.

Während dreier Legislaturperioden gehörte Rüdiger Goldman als CDU-Abgeordneter dem Nordrhein-Westfälischen Landtag an, wo er erfolgreiche Initiativen zur Unterstützung oberschlesischer und russlanddeutscher Aussiedler sowie zur Schaffung eines Lehrstuhls für die Geschichte und Kultur im östlichen Europa an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf gestartet hat.

In all seinen Ämtern brachte und bringt sich Rüdiger Goldman als ebenso kreativer wie diskussionsstarker Funktionsträger ein. Die Sudetendeutsche Landsmannschaft hat ihn für sein vielfältiges verbandspolitisches und kulturelles Engagement mit der Rudolf-Lodgman-Plakette sowie mit der Adalbert-Stifter-Medaille geehrt.

CHRONIK DES NRW LANDES- BEIRATS FÜR VERTRIEBENEN-, FLÜCHTLINGS- UND SPÄTAUSSIEDLERFRAGEN

KAPITEL 5 – INTEGRATION TROTZ RÜCKKEHRWILLEN (1953 – 1969)

Zum ersten Vorsitzenden des Landesvertriebenenbeirates nach der „Ära Salat“ wurde am 22. September 1953 der bisherige Vorsitzende des Rechtsausschusses Julius Doms gewählt. Der neue Vorsitzende hatte schwierige Verhandlungen zu bewältigen, um die strukturellen Voraussetzungen erfolgreicher Vertriebenenarbeit auf Landesebene zu erhalten. Mehrere Entscheidungen der Landesregierung unter Ministerpräsident Karl Arnold in diesem Jahr waren nicht im Sinne des Landesbeirates. Zunächst wurde am 16. Juni 1953 die Zuständigkeit des Sozialministeriums, und nicht wie gefordert die eines neu einzurichtenden Vertriebenenministeriums, als zentrale Stelle für Vertriebenenangelegenheiten festgeschrieben. Das Sozialministerium wurde zudem mit dem Arbeitsministerium und dem Ministerium für Wiederaufbau zusammengelegt. Die Befürchtung, dass die Belange der Vertriebenen in dem neuen Ressort vernachlässigt werden könnten, ging einher mit der Sorge um die eigene Unabhängigkeit. Anlass dafür war eine Verordnung der Landesregierung, welche den neuen Minister zusätzlich zum Beiratsvorsitzenden machen sollte. Julius Doms protestierte scharf dagegen und konnte schließlich verhindern, zugunsten des neuen Ministers – das Amt übernahm der bisherige Wiederaufbauminister Otto Schmidt (CDU) – abgesetzt zu werden. Hierbei half ihm, dass Schmidt selbst darauf Wert legte, die Selbständigkeit des Beirates zu erhalten und

auch Arnold letztlich nicht auf der ursprünglichen Verordnung beharrte. So konnte Wilhelm Matzel, der schon nach einem Jahr auf Julius Doms folgte, weiterhin einen selbständigen Beirat führen – und er tat dies mit großem Erfolg. Der Ruf nach einer eigenen Vertretung im Landeskabinett sollte jedoch von keiner Landesregierung gehört werden.

Kernaufgabe der folgenden Jahre blieb für den Landesbeirat neben den nun verstärkt auftretenden Themenkomplexen DDR-Flüchtlinge/Gesamtdeutschland sowie Ostkunde/Kulturarbeit der Vertriebenen die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation der betroffenen Bevölkerungsgruppen. Im Hinblick auf die regionale Verteilung der Vertriebenen und Flüchtlinge hatte sich jedoch die Ausgangslage grundlegend verändert. Erfolgte die Ansiedlung in den ersten Nachkriegsjahren noch vorwiegend in Ostwestfalen, führten die Umsiedlungsmaßnahmen der frühen 1950er Jahre und die Wanderungsbewegungen im Zuge des Wirtschaftswunders zu einer weitgehend gleichmäßigen Verteilung im Lande. Die Vertriebenenpolitik musste nun verstärkt Nordrhein-Westfalen in seiner Gesamtheit in den Blick nehmen.

Wirtschaftliche Situation

Die materiellen Lebensumstände der Vertriebenen verbesserten sich zwar im Laufe der →

1950er Jahre, als sich der Konjunkturaufschwung des Wirtschaftswunders nach und nach auch auf sie auswirkte. Eine vollständige Angleichung an die Lebensverhältnisse der einheimischen Bevölkerung konnte jedoch nicht erreicht werden. Der Wirtschafts- und der Sozialausschuss, aber auch der Geschäftsführende Ausschuss und das Plenum beschäftigten sich daher immer wieder mit der wirtschaftlichen und sozialen Not unter den Flüchtlingen und Vertriebenen.

An erster Stelle stand dabei nach wie vor die Wohnraumbeschaffung. Ministerpräsident Arnold erklärte 1954, dass die wohnungsmäßige Unterbringung noch immer das wichtigste Problem der Vertriebenen und Flüchtlinge sei. Immer noch waren 85.000 Vertriebene in Notunterkünften wie Sälen, Turnhallen, ehemaligen Schulen, Fabrikräumen oder Jugendheimen untergebracht. Der Wohnungsausschuss des Beirates nahm sich dieses Problems an. Er bemühte sich ständig um öffentliche Wohnungsbauhilfen für Flüchtlinge und Vertriebene sowie die Eindämmung der häufig kritisierten Zweckentfremdung dieser Mittel. Einschlägige Gesetzeswerke, deren Novellen und Durchführungsverordnungen standen jahrelang auf der Tagesordnung des Ausschusses, so etwa das Wohnungsbewirtschaftungsgesetz oder das Bundesmietengesetz. Insbesondere das Zweite Bundeswohnungsbaugesetz vom 1. Juli 1956 sorgte dabei für Kontroversen. Auf der einen Seite brachte es Vorteile, wie das Bundesvertriebenenministerium dem Landesbeirat mitteilte: *Auf der anderen Seite beinhaltet das Gesetz die Regelung, dass sich jeder Bauherr seine Mieter selbst auswählen konnte, was sich vor allem zu Lasten der noch in Notunterkünften untergebrachten, materiell benachteiligten Flüchtlinge auswirkte.*

Das Zweite Wohnungsbaugesetz schreibt vor, dass im Rahmen des allgemeinen Wohnungsbaues die Wohnraumbewirtschaftung Vertriebener [...] bevorzugt zu berücksichtigen ist. [...] Im Bewilligungsverfahren ist bei der Beurteilung der Leistungsfähigkeit des Bauherrn den besonderen Verhältnissen der Vertriebenen, Sowjetzonenflüchtlingen und Kriegssachgeschädigten Rechnung zu tragen.



Bundesminister Paul Lücke (Foto: Bundesarchiv)

Die Landesregierung reagierte angesichts der fortgesetzten Eingaben des Landesbeirates schließlich mit einer neuen Förderungsmöglichkeit für Bauherren: Wer sieben Flüchtlingswohnungen baute, konnte Landesmittel für drei weitere Wohnungen mit freier Mieterwahl und eine Wohnung zum Eigenbedarf bekommen.

Als der spätere Beiratsvorsitzende Walter Nowoczin 1958 den Wohnungsausschuss übernahm, war hinsichtlich der Wohnraumsituation bei den „Altvertriebenen“ eine gewisse Entspannung eingetreten. Als sich nach dem Berliner Mauerbau im August 1961 auch der Flüchtlingsstrom aus der DDR stark verringerte, sah die Bundesregierung die Zeit für eine weitere Liberalisierung im Wohnungswesen gekommen. Das entsprechende Gesetzeswerk des Bundesministers für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung, Paul Lücke (CDU), von 1963 („Lückeplan“) unterteilte das Bundesgebiet in schwarze und weiße Kreise. Nur noch für die sogenannten „schwarzen Kreise“ – einige wenige Großstädte, in denen ein rechnerisches Wohnungsdefizit über 3 Prozent vorlag – sollte es demnach die bis dahin flächendeckend praktizierte staatliche Bewirtschaftung von Altwohnraum geben. Im Rest der Republik fiel diese und damit auch die Mietpreisbindung für Altwohnungen weg. Angesichts der Tatsache, dass

Vertriebene und DDR-Flüchtlinge bei den Mietern über und den Eigentümern unterrepräsentiert waren, protestierte der Landesbeirat gegen den „Lückeplan“, da man ungerechtfertigte Kündigungen und Mieterhöhungen befürchtete.

Nach Inkrafttreten des Gesetzes wurde mit Erfolg versucht, die Folgen abzumildern. Walter Nowoczin konnte im Geschäftsführenden Ausschuss über ein Gespräch mit dem zuständigen Landesminister Joseph Paul Franken (CDU) berichten, in dem dieser zugesagt hatte dafür zu sorgen, dass sowohl in den weißen als auch in den schwarzen Kreisen weitergebaut werden dürfe. Im gleichen Gespräch wurde ein in den 1960er Jahren stärker aufkommendes Problem besprochen, nämlich die Frage nach alternativen Unterkünften für die Vertriebenen. Solche Detailfragen, wie etwa auch die Bindung der Wohnung an den Arbeitsplatz oder die Miethöhe, rückten mit dem allmählichen Rückgang der Wohnungsnot immer mehr in das Blickfeld des Wohnungsausschusses.

Dort, wo die Grundbedürfnisse – wie das nach einer angemessenen Bleibe – befriedigt waren, wuchs das Bewusstsein für die allgemeine eigene Situation, auch und insbesondere im Vergleich zu den Alteingesessenen. Für viele Ostdeutsche war die Vertreibung nicht nur mit dem Verlust der Heimat, sondern auch des bisherigen sozialen Status verbunden. Der Beiratsvorsitzende Wilhelm Matzel wies 1960 darauf hin, dass bei allen Fortschritten immer noch Hunderttausende keine ihrer früheren Stellung entsprechende Arbeit gefunden hätten. Besonders groß war dieses Phänomen nach wie vor im Bereich der Landwirtschaft. Auch der allgemeine Aufschwung konnte den vertriebenen Bauern nicht entscheidend weiterhelfen, denn es blieb das Problem der Landbeschaffung. Zudem begünstigten hiesige Behörden häufig die einheimischen Bauern, etwa wenn diese bei der Errichtung von Militäranlagen der Besatzungsmächte auf ihrem Grund und Boden vorrangig mit neuem Land entschädigt wurden. Als eine Ironie der Geschichte mag gelten, dass es vertriebenen Bauern in der DDR, wo ansonsten die Vertreibung als „Umsiedlung“ beschönigt und nicht als Unrecht anerkannt wurde, auf den ersten Blick vielfach besser ging

Bevölkerungsgruppe	Hauptmieter	Eigentümer	Untermieter
Vertriebene	74,5%	17,0%	8,5%
DDR-Flüchtlinge	80,5%	8,8%	10,7%
Flüchtlinge insgesamt	75,7%	15,7%	8,9%
Einheimische	64,6%	26,5%	8,9%
Bevölkerung insgesamt	66,7%	24,4%	8,9%

Wohnverhältnisse nach Bevölkerungsgruppen in Nordrhein-Westfalen (Stand: 1963)

	Vertriebene	Anteil an allen Vertriebenen in NRW
Aachen	106.853	4,1%
Arnsberg	627.761	24,3%
Detmold	357.761	13,9%
Düsseldorf	802.618	31,0%
Köln	312.462	12,1%
Münster	375.655	14,6%

Vertriebene in Nordrhein-Westfalen nach Regierungsbezirken (Stand: 1. Juni 1954)



Neue Unterkünfte in Stukenbrock NRW 1960
BN Archiv Plücklemann (Foto: Lohöfener)

als in Westdeutschland. Während mittels der dortigen Bodenreform der Großgrundbesitz enteignet wurde und dadurch auch für vertriebene Bauern ein kleines Stück Land frei gemacht wurde, kamen in der Marktwirtschaft des Westens häufig kapitalkräftige Personen aus Industrie und Handel beim Ankauf von Grundstücken den Vertriebenen zuvor. Gegenüber den Vertriebenen aus der Landwirtschaft bestand somit ein gewisses Glaubwürdigkeitsproblem.

Dass diese Benachteiligung von Seiten des Landes Nordrhein-Westfalen durchaus erkannt wurde, zeigen verschiedene Projekte zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Situation, die fast →

Art der Ausgaben	Betrag in Mio. DM	Anteil an den Gesamtausgaben
Soziale Betreuung	50,1	
Hausratsentschädigung	947,4	
Hauptentschädigung	327,9	
Währungsausgleich	381,6	
Unterhaltshilfe	1.236,9	
Entschädigungsrente	164,6	
Härtefond-Beihilfen	123,1	
= Soziale Eingliederung	3.261,6	34,5 %

Kulturelle Förderung	30,4	0,3 %
-----------------------------	-------------	--------------

Durchgangslager und Unterkünfte	330,4	
Baukostenzuschüsse für Wohnungen	32,6	
Unterbringung von Umsiedlern	1.262,0	
SBZ-Wohnungsbauprogramm	1.572,0	
Baukostenzuschüsse für Heime	31,2	
Wohnungsbaudarlehen	1.489,9	
= Wohnungsbauförderung	4.718,1	49,9 %

Landesflüchtlingskredite Gewerbe	125,9	
Landesflüchtlingskredite Landwirtschaft	4,5	
Aufbaudarlehen Gewerbe	235,9	
Aufbaudarlehen Landwirtschaft	276,0	
Arbeitsplatzdarlehen	19,0	
Sonstige LA-Fördermaßnahmen	99,9	
ERP-Kredite Gewerbe	39,4	
LAB-Kredite Gewerbe	44,2	
BAA-Kredite Gewerbe	1,3	
Landesbürgschaften	24,0	
Sonstige Bürgschaften	22,0	
Sonstige Landesmittel Landwirtschaft	455,3	
Sonstige Bundesmittel Landwirtschaft	98,3	
= Produktive Eingliederungshilfen	1.445,7	15,3 %

Gesamte staatliche Ausgaben	9.455,8	100 %
------------------------------------	----------------	--------------

Staatliche Ausgaben für die Flüchtlingseingliederung in Nordrhein-Westfalen 1948 bis 1961

immer der Initiative des Beirates entsprangen. Dabei ging es zum einen um Landgewinnung, etwa durch Kultivierung von Ödländereien oder Besiedlung von Waldflächen, zum anderen um Unterstützung vertriebener Landwirte beim Ankauf von Flächen, insbesondere durch Existenzaufbaukredite. Im April 1958 teilte die Landesregierung mit, dass Nordrhein-Westfalen

bei Leistungen für ländliche Siedlungen an erster Stelle in der Bundesrepublik lag. Neben der landwirtschaftlichen Siedlung oder der Wohnraumbeschaffung gab es weitere Bereiche, in denen Maßnahmen zur wirtschaftlichen Unterstützung der Flüchtlinge und Vertriebenen ergriffen wurden, so etwa im staatlichen Kreditwesen. Die Darlehensmöglichkeiten, welche Bund und Land den Vertriebenen boten, waren vielfältig. So gab es für diese Gruppe unter anderem Existenzgründungskredite, Arbeitsplatzdarlehen, Betriebsmittelkredite sowie Mittelstandskredite.

Der Landesbeirat verfolgte eine möglichst umfangreiche Inanspruchnahme von Vertriebenen darlehen ebenso kontinuierlich wie die Durchsetzung von Verbesserungen zugunsten der eigenen Klientel, etwa durch Verlängerung von Laufzeiten, Verringerung von Zinssätzen oder Anhebung von Darlehenssummen. Dabei war die Beteiligung des Landesbeirates an öffentlichen Körperschaften, Ausschüssen sowie Prüfstellen von Vergabegremien, die sich des Themas annahmen, von Vorteil. Die Unübersichtlichkeit der einzelnen Konditionen machte den Landesbeirat und seinen Wirtschaftsausschuss bei diesem Thema zudem auch zu einem Beratungsgremium für die potentiellen und tatsächlichen Kreditnehmer.

Neben dem Kreditwesen suchte der Beirat noch auf weiteren Gebieten Existenzgründungen bzw. -sicherungen zu unterstützen. So bemühte man sich um die Bevorzugung der Vertriebenen im öffentlichen Auftragswesen sowie in der Steuergesetzgebung. Hier konnte der Wirtschaftsausschuss gegen Ende der 1950er Jahre zwei Erfolge verzeichnen, um die man lange gerungen hatte:

Im Januar 1958 wurde zunächst ein Landesgesetz zur Befreiung von der Grunderwerbssteuer für Vertriebene beschlossen. Wenig später erließ der Bundesminister der Finanzen zudem eine teilweise Befreiung der Vertriebenen von der Gewerbesteuer. Auch der Lastenausgleich stand in den 1950er und in den 1960er Jahren auf der Tagesordnung des Landesbeirates. Vorsitzender Wilhelm Matzel zog 1957 eine durchaus kritische Bilanz jenes Gesetzeswerkes. Er bemängelte beispielsweise eine ungenügende Besetzung der Ausgleichsämter und damit zusammen-



Sitzung des Landesbeirates mit dessen Vorsitzenden Wilhelm Matzel (r)
(Foto: Landesbeirat)

hängend eine schleppende Auszahlung der Entschädigungszahlungen:

Nicht zuletzt diesen drastischen Worten mag es zu verdanken gewesen sein, dass sich in den Folgejahren Verbesserungen einstellten, die etwa dazu führten, dass nach Nordrhein-Westfalen bis 1964 immerhin 13 Milliarden DM an Lastenausgleichszahlungen flossen, von denen über die Hälfte den Vertriebenen zu Gute kamen.

Den diversen hier skizzierten wirtschaftlichen Erfolgen zum Trotz konnte es auch in der „Ära Matzel“ nicht gelingen, die enormen Nachteile derjenigen, die ihr Hab und Gut im Osten verloren hatten, vollständig auszugleichen. Der Wirtschaftsausschuss stellte Ende 1966 zwar fest, dass die Eingliederungsergebnisse von Jahr zu Jahr besser wurden, veröffentlichte aber zudem eine ernüchternde Statistik: Demnach betrug der Anteil der Vertriebenen und Flüchtlinge an der Gesamtbevölkerung Nordrhein-Westfalens 23,8%, ihr Anteil am Wirtschaftsleben betrug jedoch in keiner Branche über 10%.

Es ist schmerzlich und beschämend zu wissen, dass jährlich Zehntausende alter Vertriebenen oft in bitterer Not dahinstarben, ohne überhaupt einen Pfennig der Hauptentschädigung erhalten zu haben. Eine Auszahlung an die Erben bedeutet dann nur noch die formale Wahrung des Rechts; die Gerechtigkeit aber kommt bei diesen armen Menschen zu spät.

Anteil der Vertriebenen und Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen

an der Gesamtbevölkerung	23,8%
im Handwerk	6,4%
im Großhandel	6,1%
im Einzelhandel	6,0%
in der Handelsvermittlung	8,4%
im Gaststättengewerbe	4,1%
in der Industrie (ohne Aktiengesellschaften)	8,6%
im Baugewerbe	9,1%

Berufliche Eingliederung der Vertriebenen in Nordrhein-Westfalen
(Stand: 25. November 1966)

DDR-Flüchtlinge/Gesamtdeutschland

Das Schaffen des 1967 verstorbenen Wilhelm Matzel ist vor allem vor dem Hintergrund der sich ständig erweiternden „Zielgruppe“ des Landesbeirates als enorme Leistung anzusehen. Zusätzlich zu den Ostvertriebenen kamen bis zum Mauerbau 1961 parallel immer mehr Menschen aus der DDR im Westen an, die sich der sowjetischen Besatzungsmacht entziehen wollten bzw. mit den dortigen politischen oder wirtschaftlichen Gegebenheiten in Konflikt geraten waren. Die Bundesrepublik mit ihrem Anspruch als die „bessere“ Alternative in Deutschland war gegenüber diesen Neuankömmlingen in besonderer Verantwortung.

In Nordrhein-Westfalen war es der Landesbeirat, der sich sowohl um die Altvertriebenen als auch um die Gruppe der DDR-Flüchtlinge kümmerte. Zunächst geschah das in den bereits bestehenden Ausschüssen, doch der beständige Zustrom neuer Flüchtlinge ließ die Bedeutung des Themas immer mehr anwachsen. 1955, als bereits rund 800.000 DDR-Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen aufgenommen worden waren, richtete man daher einen eigenen Unterausschuss ein. Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Altvertriebenen, die diese teilweise schon bewältigt hatten, waren auch diesen Flüchtlingen zu eigen. Im Landesbeirat konnte man also auf Erfahrungen zurückgreifen, die man insbesondere in den ersten kritischen Jahren nach der Vertreibung gemacht hatte, etwa wenn es um Wohnungsnot oder Aufbaudarlehen ging. Wenn der Beirat hier auch →

einige Maßnahmen zugunsten der DDR-Flüchtlinge, z. B. Sonderwohnungsbauprogramme der Landesregierung, durchsetzen konnte, so warf doch die kontinuierliche Fluchtbewegung aus der DDR eine kritische Frage auf. Zwischen der politischen Zielsetzung, möglichst jeden, der dem totalitären System den Rücken kehrte, mit offenen Armen aufzunehmen und der organisatorischen Aufnahmefähigkeit in Westdeutschland klappte eine immer größere Lücke. Das Aufnahmeverfahren war dementsprechend ein stets kontroverser Punkt zwischen Landesbeirat und Regierung. In den Genuss eines sogenannten „C-Ausweises“ konnte anfangs nur derjenige kommen, der eine Gefahr an Leib und Leben nachzuweisen vermochte. Diejenigen, die nicht als C-Flüchtlinge anerkannt wurden, galten lediglich als Zuwanderer, was mit großen materiellen und rechtlichen Nachteilen verbunden war. Nach Meinung des Unterausschusses wurden deutlich zu wenige Anerkennungen ausgesprochen; er monierte, dass praktisch „ein Haftbefehl aus der Zone“ nötig sei, um als Flüchtling anerkannt zu werden. Der Landesbeirat bemühte sich jahrelang um eine Verbreiterung des Personenkreises, der in den Genuss einer Anerkennung kommen konnte. Als Erfolg in dieser Hinsicht kann die dritte Novelle zum Bundesvertriebenengesetz

Eine besondere Zwangslage ist auch bei einem schweren Gewissenskonflikt gegeben. Wirtschaftliche Gründe sind als besondere Zwangslage anzuerkennen, wenn die Existenzgrundlage zerstört oder entscheidend beeinträchtigt worden ist oder wenn die Zerstörung oder entscheidende Beeinträchtigung nahe bevorstand.

im Sommer 1961 gelten, nach der es im neuen Paragraph 3 BVFG bezüglich der Anerkennung als C-Flüchtling hieß: *Einen weiteren Fortschritt auf dem Wege zur Gleichberechtigung stellte das „Gesetz über Hilfsmaßnahmen für Deutsche aus der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und dem sowjetischen Sektor von Berlin“ aus dem Jahre 1965 dar, das unter anderem Beihilfen zum Lebensunterhalt sowie Gewährung von Existenzaufbaukrediten und Wohnungsbau-darlehen vorsah. Das BVFG war jetzt hinsichtlich einiger Vergünstigungen für alle Deutschen aus der DDR anwendbar. Nun galt es, auch den Lastenausgleich auf die DDR-Flüchtlinge auszuweiten, was 1968 durch die 21. Novelle zum Lastenausgleichgesetz bewerkstelligt wurde. Danach war es erstmals möglich, Leistungen der Hauptentschädigung auch für DDR-Flüchtlinge zu zahlen. Entsprechende Forderungen waren in den 1960er Jahren wiederholt in den Sitzungen des Lastenausgleichsausschusses laut geworden.*

§ 96 Pflege des Kulturgutes der Vertriebenen und Flüchtlinge und Förderung der wissenschaftlichen Forschung

- (1) Bund und Länder haben entsprechend ihrer durch das Grundgesetz gegebenen Zuständigkeit das Kulturgut der Vertreibungsgebiete in dem Bewusstsein der Vertriebenen und Flüchtlinge, des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes zu erhalten, Archive, Museen und Bibliotheken zu sichern, zu ergänzen und auszuwerten sowie Einrichtungen des Kunstschaffens und der Ausbildung sicherzustellen und zu fördern.*
- (2) Sie haben Wissenschaft und Forschung bei der Erfüllung der Aufgaben, die sich aus der Vertreibung und der Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge ergeben, sowie die Weiterentwicklung der Kulturleistungen der Vertriebenen und Flüchtlinge zu fördern.*
- (3) Die Bundesregierung berichtet jährlich dem Bundestag über das von ihr Veranlasste.*

Mit diesen Fortschritten entspannten sich die drängenden sozialen Notlagen. Nun rückte ein mit den DDR-Flüchtlingen eng zusammenhängendes Thema in den Vordergrund der Beiratsarbeit – die Frage nach der Wiedervereinigung Deutschlands. Da die kurzfristigen politischen Umstände von der Landespolitik kaum zu beeinflussen waren, sah der Beirat seine diesbezügliche Aufgabe insbesondere in der Pflege des gesamtdeutschen Bewusstseins. Wilhelm Matzel wies auf einer Tagung des Geschäftsführenden Ausschusses 1963 in diesem Zusammenhang auf die Broschüre „Deutsche Fragen – kommentiert“ hin, die auf Anregung des Landesbeirates entstanden war. Mitte der 1960er Jahre spaltete sich für diese

Thematik mit dem Gesamtdeutschen Ausschuss ein eigenes Gremium vom Kulturausschuss ab. Die Notwendigkeit, diesen Schwerpunkt zu bilden, hatte sich in den Diskussionen im alten Kulturausschuss herauskristallisiert. Wiederholt wurden dort schwindendes Geschichtsbewusstsein und die zunehmend fehlende Bereitschaft beklagt, für die deutsche Einheit einzutreten. Gegensteuern sollten die „Gesamtdeutschen Wochen“, die das Arbeits- und Sozialministerium des Landes in den 1960er Jahren mehrfach veranstaltete.

Kulturarbeit der Vertriebenen

Die Gesamtdeutschen Wochen waren Teil der Kulturarbeit der Vertriebenen, deren gesetzliche Grundlage der Paragraph 96 des Bundesvertriebenengesetzes ist.

Der Kulturausschuss des Landesbeirates setzte sich von Anfang an für Projekte ein, die halfen, das Kulturgut der Vertriebenen zu verbreiten und ihre Identität zu pflegen. Erste Schritte dieser Art waren die auf ostdeutsche Städte ausgerichteten Patenschaften durch rheinische und westfälische Kommunen sowie die Errichtung der Ostdeutschen Bücherei in Herne. 1951 ordnete die Kultusministerin von Nordrhein-Westfalen, Christine Teusch (CDU), Unterricht in Ostkunde für die Schulen im Lande an. Zum Missfallen der Vertriebenen wurde jedoch bereits 1956 über eine Streichung des entsprechenden Erlasses diskutiert und dieser letztlich nur „verwässert“ fortgeführt. Mehr Erfolg hatte man mit dem ebenfalls 1951 in Dortmund eingerichteten Ostdeutschen Volkskundearchiv. Dieses wurde wenige Jahre später zur Ostdeutschen Forschungsstelle ausgebaut. Insgesamt konzentrierte sich die Kulturarbeit in den 1950er Jahren jedoch eher auf die nach innen gerichtete Kulturpflege, wie etwa auf die Veranstaltung von Heimatabenden.

Gegen Ende des Jahrzehntes häuften sich Stimmen, die Defizite bei der Kulturförderung nach außen – also Wissensmängel hinsichtlich der von Flucht und Vertreibung betroffenen Gebiete – beklagten. Nach einigen Arbeitstagen des

VERTRIEBENENAUSWEIS „C“

Ziele der Gesamtdeutschen Wochen:

- ein möglichst umfassendes Bild über die Verhältnisse im mittel- und ostdeutschen Raum zu vermitteln, und zwar sowohl in Bezug auf die geschichtliche und kulturelle Vergangenheit wie auf die derzeitige politische Situation,*
- die gemeinsame deutsche Kultur und Geschichte zu pflegen und der ganzen Bevölkerung bewusst zu machen als Voraussetzung für die Verantwortung des Einzelnen zur Lebensfrage unseres Volkes,*
- das gesamtdeutsche Bewusstsein, besonders unter den jungen Deutschen, die die gemeinsame Vergangenheit nicht erlebt haben und die die Wiedervereinigung im europäischen Rahmen vorbereiten sollen, zu wecken und zu stärken.*



Kulturausschusses kam es daher zu einer Neuausrichtung. Diese wurde in einem Bericht über die wegweisende Arbeitstagung von 1960 vom Beirats-Geschäftsführer Friedrich Herbst wie folgt beschrieben: *Als Grundlage wurde nicht mehr allein genommen: die sich aus der besonderen seelischen und geistigen Not der Vertriebenen und Flüchtlinge ergebenden Notwendigkeiten, sondern der sich aus der Abtrennung der deutschen Ostgebiete ergebende geschichtliche Notstand des deutschen Volkes.*

Zielgruppe der Kulturarbeit sollten nun nicht mehr nur die Vertriebenen sein, sondern das gesamte deutsche Volk. Die kontinuierliche Verbindung, die zwischen Ost und West bestand, sollte der westdeutschen Bevölkerung aufgezeigt und ihr Interesse für die Ostgebiete als Teil der einen deutschen Kultur geweckt werden. Die Forderung des Schulfaches Ostkunde und die Definition, was dieses beinhalten sollte, wurden daher immer mehr zum inhaltlichen Kern der Arbeit des Kulturausschusses. Als Ziel der Ostkunde legte dieser im Oktober 1961 die Verankerung Ost- und Mitteldeutschlands im Bewusstsein des westdeutschen Menschen, sowie die Schaffung eines gesamtdeutschen Geschichtsbewusstseins und Gemeinschaftsgefühls fest. Da →



Das Glockenspiel am Gerhart-Hauptmann-Haus in Düsseldorf.

man jedoch beobachten musste, dass in den Leitplänen und Prüfungsbestimmungen von Nordrhein-Westfalen der Ostkunde eher geringe Bedeutung beigemessen wurde, mahnten Vertreter des Beirates zum einen – wie etwa 1963 im Gespräch mit Kultusminister Paul Mikat (CDU) – ein Mindestwissen für jeden Schüler über die deutschen Ostgebiete an, das verbindlich festgelegt werden sollte, zum anderen hob man den sogenannten Schülerwettbewerb aus der Taufe, um in Kooperation mit den Schulen und Lehrern selbst vor Ort Interesse bei den Schülern für den Deutschen Osten zu wecken.

Das zentrale Projekt der Vertriebenen-Kulturarbeit in den 1960er Jahren war jedoch die Errichtung des Hauses des Deutschen Ostens. Bereits zu Zeiten des Vorsitzenden Oskar Salat war die Idee eines heimat- und kulturpolitischen Zentrums für die Vertriebenen entstanden, das man in der Landeshauptstadt Düsseldorf errichten wollte. Konkret wurde das Projekt unter Sozialminister Konrad Grundmann (CDU), der als zentrale Figur die politischen Weichen für dieses Projekt stellte. Grundmann

steht bis zum heutigen Tag in verantwortlicher Position für das inzwischen in Gerhart-Hauptmann-Haus umbenannte Zentrum ein. Das Landeskabinett gründete eine Stiftung Haus des Deutschen Ostens, die aus einem Kuratorium, deren Mitglieder sich unter anderem aus Vertretern der Landesregierung, des Landtages, der Kirchen, der Vertriebenenverbände und der Stadt Düsseldorf rekrutierten, sowie einem Vorstand bestand. Der Ostpreuße Erich Grimoni war der erste Vorsitzende der Stiftung, der Oberschlesier Walter Kroner gewann die Architekturausschreibung und erstellte den Vorentwurf. Gemeinsam mit einem Düsseldorfer Kollegen führte Kroner den Bau Anfang der sechziger Jahre aus. 1963 wurde das Haus des Deutschen Ostens im Beisein des Ministerpräsidenten Franz Meyers (CDU) feierlich eröffnet. Es dient seither sowohl der Begegnung der ostdeutschen Vereinigungen untereinander als auch dem Kontakt der Vertriebenen mit den Nicht-Vertriebenen. Zudem beherbergt die Bibliothek wertvolle historische Werke aller ostdeutschen Landschaften sowie diverse neuere Bücher, Zeitungen und Zeitschriften, die den historischen deutschen Osten betreffen. Düsseldorf wurde sukzessive zu einem Zentrum für Vertriebenenarbeit in Deutschland und zu dem Zentrum hierfür in Nordrhein-Westfalen.

Vielleicht war es nicht zuletzt die Wirkung, die vom neuen Haus des Deutschen Ostens ausging, die Sozialminister Werner Figgen (SPD) 1968 zu der Aussage bewegte: *Unsere Maßnahmen und Bemühungen werden künftig darauf zu richten sein, [...] die großen Zusammenhänge der geistes- und ideengeschichtlichen Bedeutung des deutschen Ostraumes in seiner Gesamtheit für das kulturelle und geistige Bewusstsein unseres Volkes herauszustellen.*

Dieses Kapitel ist der Broschüre „60 Jahre Landesbeirat“ der Autoren Michael Weigand und Arno Barth entnommen.

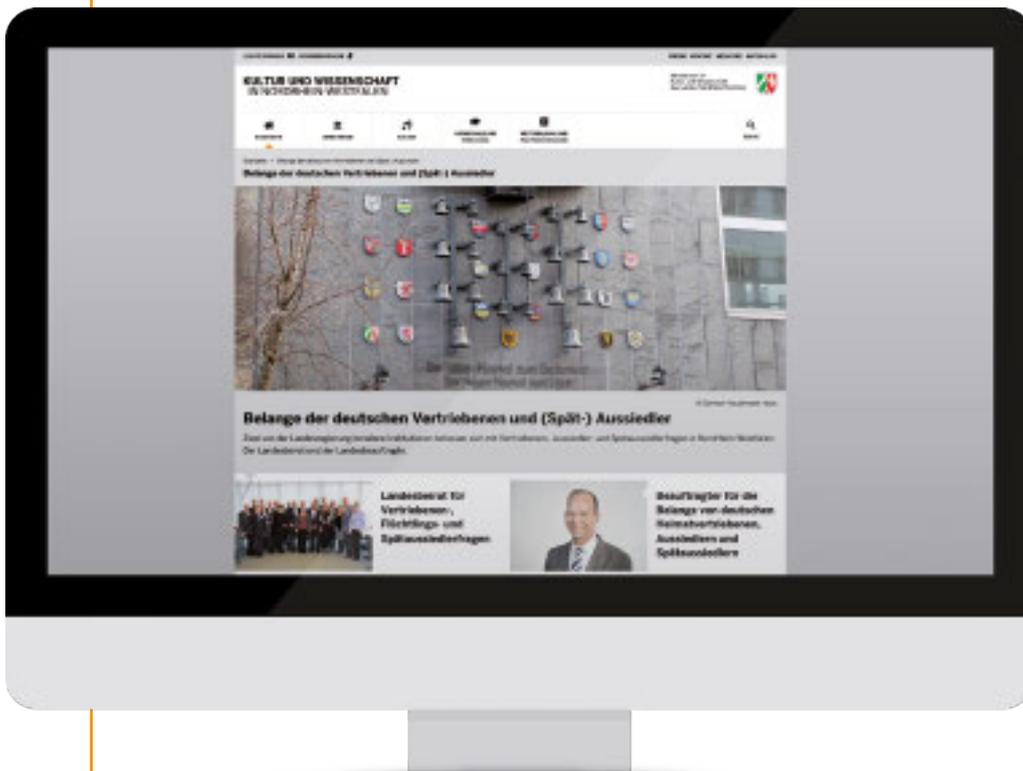


2 KLICKS REICHEN!

Viele Informationen rund um die Arbeit des Landesbeirats und des Beauftragten der Landesregierung gibt es auch online <https://www.mkw.nrw/belange-der-deutschen-vertriebenen-und-spaetaussiedler>. Dort finden Sie auch alle Ausgaben des VAS-Journals als pdf-Version.



Oder folgen Sie uns auf TWITTER unter @VABNRW



Sie möchten das VAS-Journal bestellen oder weitere Personen für den Verteiler vorschlagen?

Dann kontaktieren Sie uns per E-Mail unter claudia.brecht@mkw.nrw.de

IMPRESSUM

Herausgeber und V.i.S.d.P.

Landesbeirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen beim Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen

Das Büro des Landesbeauftragten und die Geschäftsstelle des Landesbeirates befinden sich im
RW14-Gebäude
Völklinger Straße 4
40219 Düsseldorf

Die Postanschrift lautet:
Landesbeirat
im Ministerium für
Kultur und Wissenschaft
40190 Düsseldorf

Telefon 0211 896-4874

E-Mail: landesbeirat@mkw.nrw.de

www.mkw.nrw/landesbeirat

Redaktionsteam:

Alexandra Bähring, Claudia Brecht, Julia Garbar,
Heiko Hendriks

Nicht namentlich gekennzeichnete Beiträge/Artikel sind von dem Redaktionsteam verfasst worden.

Druck: www.abindendruck.de

Gestaltung: siebenzwoplus / Büro für Gestaltung
Maya Hässig und Benjamin Brandt,
Thürmchenswall 72, 50688 Köln

Diese Publikation kann per E-Mail bestellt werden:
landesbeirat@mkw.nrw.de

Diese Publikation ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Herausgebers.

Veröffentlichte Beiträge decken sich nicht immer mit den Ansichten des Herausgebers. Sie dienen dem freien Meinungsaustausch der Mitglieder von Vertriebenen- und (Spät-)aussiedlerverbänden.

© MKW, Mai 2022

